Ernst Aust vor Gericht: **Ankläger wird zum Angeklagten!** Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 9. Juni 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Kampf gegen Teuerung und Inflation!

Wehrt Euch!

Organisiert Euch!

Allein die Preise für Nahrungsmittel sind innerhalb eines Vierteljahres, von Ende 1972 bis April 1973 um 10,7% gestiegen. Die inflationäre Entwicklung geht in verstärktem Masse weiter. In umgekehrten Verhältnis dazu stehen die Auftragsbestände und die Riesengewinne der westdeutschen Industriemonopole. Ausdruck dafür sind der Stahlboom, das Ringen um die Weltspitze der westdeutschen Chemiegiganten (BASF ringt heute mit dem bisherigen Weltmarktbeherrscher Dupont de Neymours) und auch der Siemens-Konzern erringt immer gewaltigere Bedeutung im Konzert der Elektrogiganten der Welt.

Der Kampf der westdeutschen Monopole um die Weltspitze aber erfordert seine Opfer. Diese werden der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse abgepresst.



Mannesmann-Arbeiter in Duisburg demonstrieren für eine höhere Teuerungszulage durch das Werksgelände: 280,– DM sind zuwenig! Sie sind kampfentschlossen.
Aber die Kollegen demonstrieren noch unter falschen Parolen: "Wir wollen einen gerechten Lohn!" – Kollegen, Lohnsklaverei ist ungerecht. In der Klassengesellschaft gibt es kein 'gleiches Recht', hier gibt es nur das Recht des Stärkeren!
'Gewinne kontrollieren!' – auch das ist eine Illusion. Nicht der Staat der Ausbeuter, nur der Arbeiter kann für sich holen, was er braucht!

Das Mittel der Inflation dient den imperialistischen Grossmachtplänen und schadet den Werktätigen. Während der Wert der DM in der BRD von 1951 bis 1973 auf 54 Pfg. gefallen ist, – der Arbeiter bekommt heute für eine DM gerade soviel Ware, wie er 1951 für 54 Pfg. erhalten hat – ist der Kurswert der DM auf dem internationalen Finanzmarkt ungeheuer gestiegen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie kauft heute im Ausland, z.B. gegenüber dem Dollar, für eine DM ein Vielfaches des sen, was sie vor einigen Jahren erhalten hätte.

In der Bonner SPD/FDP-Regierung haben die profit- und expansionsgeilen westdeutschen Monopole ihren besten Helfer. Hat Willy Brandt doch am Anfang des Jahres in seiner Regierungserklärung verboten Lohn-Forderungen zu stellen,. 'Demokratie braucht Leistung', sagte er und keine Forderungen (siehe RM Nr. 3/73).

Die Ausplünderung der Arbeiterklasse wird so in verstärktem Masse durch staatliche Massnahmen im Monopolinteresse vorangetrieben. Gewaltige Lohnerhöhungen – zum Schein auf die 'Grossverdiener' gerichtet, werden im Endeffekt auf die Arbeiterklasse in Form von höheren Preisen auf Massenverbrauchsartikel abgewälzt. Die erhöhte Lohnsteuer saugt dem Arbeiter die Lohnerhöhungen aus der Tasche. Auch die sogenannte Stabilitätsabgabe trifft nicht die Monopolherren. Diese zweite 'Kirchensteuer' trifft insbesondere die mittleren Lohngruppen, und wenn die Inflation so weiter geht auch bald die unteren; denn bei dieser Steigerung der Geldentwertung braucht bald jeder seine 2000 DM zum Leben.

Weiter schöpft die Regierung dem Arbeiter das Geld aus der Tasche, mittels des Zwangsspargesetzes. Statt den bisherigen 312 DM soll er jetzt 624 DM auf die Sparkasse tragen.

Das Geld, das der Staat so aber den Arbeitern aus der Tasche holt, pumpt er den Konzernen wieder in die Tasche: Riesige Subventionen für die Zechenbarone an der Ruhr, Milliardenaufträge für die Rüstungsindustrie, staatliche Grosskredite für das Ostgeschäft der Stahlindustrie, Investitionhilfen für die Expansion der westdeutschen Monopole in der Dritten Welt – auch Entwicklungshilfe genannt, Aufkäufe von wertlosen US-Papierdollar um der westdeutschen Industrie eine bessere Stellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen.

Fortsetzung auf S. 2

Ernst Aust verurteilt!

'Unzulässige Kritik am Staate'

Montag, den 28.5. demonstrierten tausend Menschen durch Hamburg. Sie protestierten gegen den Prozess gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust. Am Tag darauf begann der Prozess. Genosse Ernst verlas eine Anklageschrift gegen die Bourgeoisie (s.S.6). Der Staatsanwalt seinerseits zitierte zur Unterlegung der Anklage durch die Bourgeoisie gegen Genossen Ernst einzelne Zitate aus dem ROTEN MORGEN. Genosse Ernst beantragte, die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate im Rahmen des gesamten Artikels zu verlesen. Der Richter las den Roten Morgen vor, immer wieder unterbrochen vom Beifall der Zuschauer.

Freitag, den 2.Juni. Während des Prozesses hält die Partei eine Pressekonferenz ab. Keine einzige der eingeladenen Tageszeitungen erscheint. Ebenso wie die Demonstration vom Montag mit absolutem Stillschweigen bedacht wurde, soll auch der Prozess totgeschwiegen werden. Die Gleichschaltung der bürgerlichen Presse, die sich in der Hetze gegen 'Maoisten und Chaoten' zeigte, zeigt sich auch in der bekannten Praxis des Totschweigens.

Montag, den 5.Juni. Plädoyer des Staatsanwalts im Prozess gegen Ernst Aust. Genosse Ernst habe sich schuldig gemacht in der Verunglimpfung des Staates. Nicht der Angriff auf einzelne Staatsoberhäupter sei zu verurteilen, sondern der Angriff auf den Staat insgesamt. Der Herr! Staatsanwalt zitiert die Sonderausgabe des ROTEN MORGEN: "Die Mörder sitzen in Bonn!" Zu verurteilen sei, dass Genosse Ernst behauptet, dieser Staat werde von Ausbeutern und Mördern beherrscht. Dies wäre eine unzulässige Kritik, denn zulässige Kritik würde diese Demokratie durchaus zulassen.

Der Herr Staatsanwalt beantragt 2500 DM Geldstrafe, ersatzweise Haft. Das 'unabhängige Gericht' missbrauchte den Namen des Volkes und forderte die doppelte Strafe: 5000 DM ersatzweise Haft.



Darauf verlässt Genosse Ernst den Saal und mit ihm die Zuschauer. Die Internationale ertönt im Gerichtsgebäude. Die Polizei prescht heran, schlägt auf die Genossen wie besinnungslos ein. Auf der einen Seite Totschweigen der Partei, auf der anderen Seite verstärkter Terror. Ein faschistisch verhetzter Polizist während des Draufschlagens: 'Da müsste man ja schiessen!'

Über die Konsequenzen aus diesem Prozess für den weiteren Kampf berichtet der nächste Rote Morgen.

Freispruch für Ernst Aust!

Hände weg von der KPD/ML!

AUS DEM INHALT:

Energiekrise: Kampf ums Öl....... S.2
Wenn ein Betriebsrat anderen hilft....... S.3
Arbeiterkorrespondenzen....... S.3
Den Zechenherren das Handwerk gelegt!....... S.3
Klasse gegen Klasse....... S.3
Wiedereinstellung des Betriebsrats Phillipek!....... S.4
Nazis raus aus Bielefeld!....... S.4
US-Kriegsvorbereitungen in Nahost....... S.5
Wahlen in Irland....... S.5
Theaterstück gegen Kapitalisten VERBOTEN!....... S.5
ANKLAGESCHRIFT gegen die Klassenjustiz....... S.6
Solidarität im Kampf gegen politische Verfolgung....... S.7
Staatsordnung an den Universitäten....... S.8
Gesellschaft der Freunde Albaniens....... S.8

ENERGIEKRISE: Kampf um's Öl

Vorbemerkung

Die laufende Verfolgung der ökonomischen Entwicklung ist für uns Marxisten-Leninisten eine unabdingbare Verpflichtung. Gehen wir doch davon aus, dass auf der ökonomischen Basis der Gesellschaft sich die Klassenwidersprüche entfalten. Nur mit Hilfe der ständigen ökonomischen Analyse können wir unserer Aufgabe nachkommen, die Entwicklung der Kämpfe auch vorauszusehen und rechtzeitig die Kampfperspektive zu bestimmen. Die Vernachlässigung dieser Seite im ROTEN MORGEN wurde zurecht von vielen Lesern kritisiert.

Schon immer ist die Ausplünderung von Rohstoffquellen abhängiger und unterdrückter Länder ,von Kolonien und Halbkolonien ein Wesenszug des Imperialismus gewesen. Heute ist das Erdöl, das sogenannte schwarze Gold, der Rohstoff, um den sich die Imperialisten der ganzen Welt reissen. Erdöl ist die entscheidende Energiequelle, ist das entscheidende Element für die chemische Industrie, der Brennstoff für die Industrie, für die Kraftewerke, das meistgebrauchte Heizmaterial, der Treibstoff für die Motoren. Öl ist leicht zu veredeln, leicht transportierbar, lässt sich billig fördern, besonders auf den Knochen der unterdrückten Völker. Aus Öl lassen sich die dicksten Profite herausschlagen. Der Verbrauch an Öl ist bis ins unermessliche gestiegen und er wird weiter steigen, nach heutigen Schätzungen, von 2,7 Milliarden Steinkohleeinheiten (SKE) im Jahre 1970 auf 7,1 Milliarden SKE im Jahre 1985. Deshalb streiten sich die Imperialisten der ganzen Welt, allen voran die USA, die SU, die BRD, Frankreich, Italien und Japan um jedes Gebiet,um jeden Flecken, wo auf der Welt Öl gefunden wird. Nur die sozialistischen Staaten Albanien und China haben es erreicht, dass sie ihren Ölbedarf aus eigenen Vorräten dekken können. Albanien will demnächst sogar Öl ausführen, vor Chinas Küste sind ungeheure Öllager entdeckt worden, um deren Eroberung die Imperialisten bereits dunkle Pläne schmieden. Aber die VR China hat jedem Versuch der imperialistischen Ausplünderung des nationalen Reichtums den Kampf angesagt.



ÖLSTRÖME VERLAGERN SICH. Die meisten und gewaltigsten Öl-Handelsströme fließen noch nach Westeuropa. Über die Hälfte des Nahostöls beispielsweise wurde in europäischen Häfen gelöscht. Da aber Japan und immer stärker auch die USA auf Energiezufuhren angewiesen sind, werden in 10 Jahren die Ölströme mindestens doppelt so mächtig sein wie heute.

Insbesondere der westdeutsche Imperialismus versucht derzeitig mit aller Kraft ins Ölgeschäft einzusteigen. Er versucht dies im Rahmen seiner Bestrebungen nach Eigenständigkeit, um sich energiepolitisch unabhängiger zu machen. Durch das Erdgas und Erdölgeschäft mit der SU hat sich Bonn zwar hinsichtlich der Energieversorgung aus der vorherigen, völligen Abhängigkeit von den US- und GB-Ölmetropolen losgelöst, die bisher den westlichen Ölmarkt im wesentlichen kontrollierten. Aber, da eine politische und militärische Absicherung dieser Rohstoffquellen, selbst von den wildesten Revanchisten **im Augenblick** als unrealistisch verworfen wird, versucht der westdeutsche Imperialismus verstärkt in der Dritten Welt endlich eigene Rohstoffquellen unter seine Kontrolle zu bringen.

Trotz immer neuer Erdölfunde ist und bleibt das Zentrum des 'schwarzen Golds' der Nahe Osten. Die USA versuchen derzeit im Rahmen der ungeheueren Rohölverknappung ihre Ölexporte aus dem Nahen Osten breit zu erhöhen. Auch die heute noch so Öl-lieferfreudige SU rechnet bis 1980 mit einem Erdöldefizit von 153 000 bis 173 000 Tonnen. Auch die SU plant deshalb auch um die eigenen Öllager zu schonen, auf die grossen Erdölreserven des Nahen Ostens zurückzugreifen.

Besonders gross ist jedoch der Drang nach Erdöl bei den Staaten Westeuropas, mit der BRD an der Spitze, als auch die Ölinteressen Japans, also von Ländern , die selbst über keine nennenswerte eigenen Erdölvorräte verfügen. Die EG muss 97,5% des von ihr verbrauchten Öls importieren. Ihre Abhängigkeit von der Ölversorgung nimmt immer gewaltigere Ausmasse an, was man schon daran ablesen kann, dass schon bald 70% der in Westeuropa verbrauchten Energie aus Erdölhergestellt wird.Kein Wunder, dass die EWG, und an ihrer Spitze natürlich der westdeutsche Imperialismus danach drängt, ebenfalls mehr Einfluss auf die geheiligten Ölfelder des Nahen Osten zu bekommen.

In diesem Rahmen steht Scheels und Brandts Nah-Ost-Besuch, steht der Aufruf des Staatssekretärs Sohn in verstärktem Masse in den Ländern der Dritten Welt zu investieren. Deutsches Kapital dringt zur Zeit in geballter Form in Tunesien ein, die westdeutschen Investitionen in Jordanien sind bereits die höchsten mehr als doppelt so hoch, wie die der USA.

In Lybien, dem Land,von dem die BRD ihre grössten Erdöllieferungen bezieht, das allerdings auch an der Spitze der Unabhängigkeitsbestrebungen der arabischen Staaten gegen den US-imperialismus steht, haben die Privatinvestitionen der westdeutschen Industrie von 1966 bis 1972 von 62,9 auf 457,3 Millionen zugenommen. Sie haben sich also mehr als versiebenfacht. **Das ist die zweitgrösste Steigerung aller westdeutschen Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern. Sie werden nur noch übertroffen bei Lybiens Erzfeind Israel, der US-Kontrollmacht im Nahen Osten, wo die Privatinvestitionen Westdeutschlands im selben Zeitraum um mehr als das 12 fache gestiegen sind. Dies ist ein deutliches Beispiel für die Schaukelpolitik Bonns, mit der versucht wird in Lücken des von den Supermächten kontrollierten Rohölmarktes hineinzustossen.**

Ein weiteres Beispiel für die Eroberungstaktik der Bonner Imperialisten im Nahen Osten ist der Iran. Während die Ölländer des Nahen Osten in Genf mit den Staaten der EG um eine Anhebung des Ölpreises feilschten, um die Währungsverluste durch den Dollarsturz auszugleichen, gelang es den BRD-Imperialisten den Iran aus dem Block der OPEC - Organisation der Erdölexportierenden Länder herauszubrechen, und mit ihm ein eigenes Vertragspaket abzuschliessen. Die Frankfurter Rundschau schreibt dazu am 2.Juni73:

"Die BRD ist damit zumindest in Teheran als 'Drehscheibe' vorgesehen und könnte sich sowohl selbst auf lange Zeit hinaus zu einem jetzt festzulegenden Festpreis mit Erdöl versorgen, als auch Iran-Öl beliefern. Teheran möchte - so die Genfer Kreise - für viele Milliarden Dollar' Waren aus dem Westen einkaufen, vom Phantom-Jäger und Unterseebooten, bis zu reinen Luxuswaren für Farah, 'Er sei offensichtlich bereit auf ständige Erhöhungen des Erdölpreises zu verzichten.

So ist dem BRD-Imperialismus im Iran der erste grössere Einbruch ins Erdölgeschäft gelungen. Er konnte den Iran in starkem Masse als Rohstofflieferant abhängig machen, findet im Iran einen Markt für seine Produkte der Rüstungs- und Konsumgüterindustrie und ist gleichzeitig Hauptvermittler der Irangeschäfte für die gesamte EWG.

Für die Völker des Nahen Ostens bedeutet der Konkurrenzkampf der Imperialisten ums Öl neben der Ausplünderung ihrer Bodenschätze, zu schlechten Preisen durch das Monopoldiktat, neben verstärkter Unterdrückung durch die imperialistischen Herren, eine ständig herrschende Kriegsgefahr. Denn jeder Imperialist wird über kurz oder lang versuchen seine, Einflussgebiete für diesen umworbenen Rohstoff auszudehnen, was praktisch nur durch ein gewaltsames Eindringen in das Gebiet des anderen Imperialisten möglich ist. Das gilt besonders natürlich für die Politik der Supermächte, der SU und USA, von deren Kriegsschiffen das ganze Mittelmeer wimmelt.

Das gilt aber auch für den BRD-Imperialismus, der sich schon heute an den verbrecherischen Räubereien der Supermächte beteiligt, und sehnlichst danach trachtet, den Traum aller deutscher Imperialisten verwirklichen zu können, endlich eigene, politisch und militärisch abgesicherte Rohstoffquellen zu besitzen.

Erdöl, Erdgas und Uran stehen heute im Zentrum imperialistischer Machtpolitik, das verstärkte Eintreten des BRD-Imperialismus in diesen Kampf zeigt, dass er gewillt ist, das Kräftemessen mit den internationalen Monopolen aufzunehmen.

Für die westdeutsche Arbeiterklasse bedeutet diese Politik:Doppelten Lohnraub!

a. Von der werktätigen Bevölkerung der BRD wird Kaufkraft 'abgeschöpft'. Das heisst es wird ihnen ein Teil ihres Verdienstes gestohlen, von dem sie sich hätten ansonsten etwas kaufen können.

Dies geschieht durch den Staat, durch die SPD/FDP-Regierung, über die Erhöhung der Lohnsteuer und die Stabilitätsabgabe, durch das staatlich verordnete Zwangssparen im Rahmen des 312 DM- bzw des 624 DM-Gesetzes. Weiter wird der arbeitenden Bevölkerung das Geld aus der Tasche gezogen durch die indirekte Besteuerung von Artikel des täglichen Bedarfs. So ist zum Beispiel ein Liter Benzin mit über 50 Pfg. besteuert. Aus jedem Tropfen Benzin, das Herr Schulze verbraucht, schlagen erstens die Öl-Monopole einen nicht zu geringen Profit. Zum anderen werden jedoch aus Steuereinnahmen dann indirekt eben jene riesigen staatlichen Investitionshilfen finanziert, die den Ölmagnaten bei der Ausdehnung ihrer Einflussspähren den Rücken stärken.

b. **Die andere Seite ist die Inflation. Expansionspolitik erfordert machtpolitische Absicherung neuer Einflussspähren, erfordert Ausbau der Militärmaschinerie, eines riesigen Molochs, der keine Werte schafft, jedoch Milliarden DM, als auch riesige Mengen von Energie, z.B. Erdöl, verschlingt, z.Z. 11 Milliarden Ausgaben für Personalkosten der Bundeswehr, 9,45 Milliarden für neue Anschaffungen, wie Bomber, Kriegsschiffe, Panzer und Kanonen, 1,2 Milliarden für Rüstungsforschung. Dies sind nur einige Zahlen.**

Solche unproduktive Ausgaben des Staatshaushalts, wie Rüstung und Militar,bringen die Inflation immer mehr ins Galoppieren.

Dieser westdeutsche Staat, diese Bundesregierung ist ein Instrument imperialistischer Grossmachtpolitik. Sie dient in Westdeutschland mit Staatshilfen organisierten Erdölkonzernen ('Deminex') auf Kosten der westdeutschen Bevölkerung.

So ist auch die gesamte Aussenpolitik dieser Regierung wesentlich mitbestimmt durch das Erdölinteresse der Monopole. Sowohl der erdölverarbeitenden Chemiegiganten BASF, Bayer, Hoechst, VEBA, als auch von den Energieverbrauchenden Giganten der Stahlindustrie, im Vordergrund der Stahlblock Thyssen, Mannesmann, Rheinstahl, Demag und Krupp, Hoesch und Klöckner im Gefolge. Weiter haben Interesse am Erdöl, die Schiffbau-Werften, deren wichtigste Aufträge zur Zeit vom Tankerbau abhängen. Die Automobilindustrie und Flugzeugindustrie, deren Erzeugnisse ja schliesslich nur mittels des Erdölproduktes Benzin funktionieren. Sie und ihre Interessen sind es, die die Politik der Bundesregierung festlegen und nicht 'Friedenskanzler' Brandt.

Wehrt Euch !...

Fortsetzung

Ist es nicht paradox, wenn die D'K'P zwecks Reformierung des westdeutschen Imperialismus auffordert,die Monopole zu verstaatlichen? Das heisst nichts weiter, als die Profithyänen des Finanzkapitals nur noch zu viel direkteren Subventionsempfängern aus Steuergelder zu machen.

Eine bürgerliche Zeitung erteilt den Schwindeleien über die 'soziale Massnahme' der Verstaatlichung im kapitalistischen System eine bezeichnende Antwort: "Die öffentliche Hand (der Staat) bestimmt 36% im Volkswagenwerk. Sie besitzt die Stimmenmehrheit bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE). Der VEBA-Konzern ist zu 40%, der VIAG-Konzern zu über 80% im Bundesbesitz. Dem Staat gehören über drei Viertel der Deutschen Lufthansa, er ist an mehreren Wohnungsbaugesellschaften beteiligt und er bestimmt zu 100% bei der Bundespost und Bundesbahn.

Hat es bei diesen Unternehmen etwa keine Preiserhöhungen gegeben. Und warum hat die Bundesregierung ihren Einfluss nicht geltend gemacht, um die Preiserhöhungen zu verhindern.? Ganz einfach: Sie musste sich den wirtschaftlichen Umständen beugen, genauso wie private Unternehmer auch." (FAZ vom 17.5.1973)

Ob Staatsunternehmen oder Privatunternehmen, es bleibt ein kapitalistisches Unternehmen und unterliegt den Gesetzen des Kapitalismus, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Gegen dieses kapitalistische System der Ausbeutung erheben sich immer mehr Menschen; im Kampf gegen die Angriffe mittels Inflation auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse!

Spontane Streiks häufen sich: Bei Mannesmann und Rheinstahl in Duisburg (RM Nr. 21), bei Felten und Guilleaume in Köln-Mülheim traten 2500 Arbeiter kurzfristig in den Ausstand, Ebenso in der Eisengiesserei 'Marienhütte' in Grossauheim und bei Haneywell in Dörringheim, 600 Arbeiter streikten in einer Baumaschinenfabrik in Heidelberg, ein tagelanger Streik bei John Deer in Mannheim endete mit einer Teuerungszulage von 20DM im Monat. Im Kampf um die Teuerungszulage kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Unternehmensleitung. 15 Arbeiter wurden entlassen.

Teuerungszulage, das ist die Forderung, die spontan in den Betrieben auftaucht. Die gestiegenen Preise sollen in Mark und Pfennig ausgezahlt werden, ohne spalterischen Prozentbetrug.

Diese Bewegungen in den Betrieben haben auch eine Schwäche: Sie sind zersplittert und haben oft nicht genügend Kraft die Forderungen voll durchzusetzen. Der Kampf gegen die Teuerung muss daher zusammengefasst werden.

Schluss mit dem Tariffrieden! Die gemeinsame Forderung muss heissen:

100,-DM Teuerungszulagen im Monat

So wie sie bei Rheinstahl/Duisburg bereits aufgestellt worden ist.

Die Kapitalisten warnen davor, 'sogar laufende Tarifverträge zu verändern.' (WAZ, 4.6.) Die DGB-Bonzen sind über die Forderung vieler Gewerkschafter hinweggegangen, die bei den diesjährigen Lohnkämpfen verkürzte Laufzeiten der Tarifverträge wollten. Jetzt erhalten Bonzen und Bosse die Rechnung. In Betrieb und Gewerkschaft entwickelt sind eine Bewegung für baldigste Kündigung der Tarifverträge, eine Bewegung, die ihren stärksten Druck durch 'illegale' Kampfmassnahmen, trotz Tariffriedenspflicht erreichen wird und nicht durch den 'Druck' von Resolutionen an die DGB-Spitze.

DGB-Vorstandsmitglied Martin Heiss kennt die Gefahr. Nur wenn bereits bis zum Herbst ein Erfolg des Stabilitätsprogramms sichtbar würde, 'könnten die Gewerkschaften dem Druck aus den Betrieben standhalten.' (WAZ)

Unsere Partei wird in die Bewegung gegen die Teuerung so breit wie möglich einzugreifen. Der Schwerpunkt des Kampfes liegt dabei in den Betrieben. **Aber auch ausserhalb des Betriebes, im Kampf gegen Mietwucher und Fahrpreiserhöhungen, in der Protestbewegung gegen die Preiserhöhungen für Lebensmittel werden wir unsere Aktivität steigern.**

Unsere Partei wird ihre Agitationsarbeit im Stadtteil, in den Einkaufszentren und Wohngegenden im Einklang mit dem Kampf an den Betrieben entwickeln. Die Organisierung der Werktätigen in und ausserhalb der Betriebe kann im Kampf gegen die gemeinsame Bedrohung durch Teuerung und Inflation vorangetrieben werden. Arbeiter, Bauern, Hausfrauen, Angestellte, und alle, die Ihr unter der Teuerungswelle zu leiden habt, vereint Euch in Kampfkomitees gegen die Teuerung!

Schon heute haben sich vielerorts 'Bürgerinitiativen' zu diesem Zweck gegründet, in denen oft die Revisionisten von der D'K'P an Einfluss auf die Bewegung gewinnen wollen.

Dort heisst es den Kampf aufgenommen, gegen ihre Politik der Appelle an die Regierung, gegen die von ihnen verbreiteten Illusionen über die Möglichkeit eines Preisstopp, gegen das Geschwätz von einer staatlich gesteuerten Anhebung des Lohnes entsprechend der Inflation, gegen Mitbestimmungsillusionen.

Die kapitalistischen Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen muss zurückgeschlagen werden. In diesem Kampf werden wir zeigen, dass Teuerung, Lohnraub und verstärkte Rationalisierung die Produkte der kapitalistischen Profitwirtschaft, der verstärkten militätischen und imperialistischen Grossmachtpolitik Westdeutschlands sind. Die Parole gilt:

VEREINIGT EUCH IN REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF, GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 - 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig, Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kumpel kämpfe!

Den Zechenherren das Handwerk gelegt!

"Wir sind seit Jahr und Tag realistisch genug, um zu wissen, dass hohe Haldenbestände, rote Bilanzziffern und drohende Förder-einschränkungen keine Klassischen Voraussetzungen für eine Tarifbewegung sind." So hat IG Bergbau und Energie Vorsitzender Adolf Schmidt seinen diesjährigen Lohnraubbeitrag an 217 000 Kumpels in vorneherein 'begründet'. Von der 12%-Forderung soll in jedem Fall eine 'zweistellige Zahl' bleiben, heisst es. '6,5% hat auch zwei Stellen', sagen die Kumpel dazu. Mit Grund: 1970 kamen 7,7, 1971 7,3 und 1972 nur noch 7,0% aus den Geheimverhandlungen heraus.

Was die Kumpels aber wollen, ist ein realer Mehrverdienst, ist eine Absicherung der Effektivverdienste, eine lineare Lohnerhöhung, um die weitere Lohnaufspaltung zu stoppen. Und nicht zuletzt wird jede Lohnrunde überschattet von der Frage: Wie ist die Zukunft meines Arbeitsplatzes? Denn die 'Arbeit' der Zechenkiller an der Ruhr, Saar und Ibbenbüren verdüstert die Zukunft immer mehr.

Hoffen auf die Regierung?

Zechenherren und IGBE-Bonzen trommeln gleichermassen für das 'energiepolitische Konzept' der Bundesregierung, das noch in diesem Sommer vorgelegt werden soll. In streng geheimgehaltenen Sitzungen basteln Vertreter der Kohle-Stahl-Konzerne, der Elektrizitätswerke, von Bund und Ländern samt den IGBE-Bonzen an diesem Konzept. Es ist der gleiche erlauchte Kreis ,der an der Schaffung der RAG (Ruhrkohle AG, einem Kapitalzusammenschluss) und damit an der Schaffung von Superprofiten für Kohlebarone auf Steuerzahlers Kosten, und Zechenstillegungen auf der Kumpel Kosten beteiligt war.

Worauf baut dieses 'energiepolitische Programm auf, mit dem angeblich die kapitalistische Krisenwirtschaft 'reguliert' werden kann.

Fortsetzung Seite 4



Denunziation !

Ich bin vor einiger Zeit aus beruflichen Gründen in eine norddeutsche Kleinstadt gezogen. Dazu habe ich mich auch ordnungsgemäss bei der IGM umgemeldet. **Nun erfuhr ich durch Zufall, dass die Ortsverwaltung Kiel der IGM beim Personalchef meiner Firma (1300 Beschäftigte) anrief und mich als ganz Roten, der nur Unfrieden in den Betrieb bringt, bezeichnete. Hätte sich nicht ein Meister für mich eingesetzt, ich wäre sicherlich noch während der Probezeit geflogen.**

Von dieser Sauerei habe ich gleich möglichst vielen Kollegen erzählt, damit mein Schutz vor einer möglichen Entlassung grösser wird. Sämtliche Vertrauensleute waren empört und wollen von der hiesigen Ortsverwaltung eine Stellungnahme dazu.

Ich selbst werde, obwohl ich weiss, dass ich damit nicht viel erreiche, einen Antrag auf Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten gegen die Ortsverwaltung Kiel stellen. Anhand dieser Vorgänge kann ich den Kollegen ganz klar die Notwendigkeit der Organisierung in der GO (Gewerkschaftsopposition) aufzeigen. Ein Kollege von der SDAJ brachte es richtig, im Gegensatz zur D'K'P-Linie, zum Ausdruck: Gewerkschaftsführer als Polizeispitzel fürs Kapital!

Genossen,

Ich arbeite bei der Deutschen Lufthansa, einem Betrieb, dessen Aktienmehrheit in staatlicher Hand ist.

Nach den vielen Flugzeugentführungen durch palästinensische Revolutionäre liefen auf dem ganzen Flughafen und der Luftwerft der Lufthansa schon dauernd bewaffnete Bundes'grenzschützer' herum, um die Flugpassagiere zu'schützen'.

Seit einiger Zeit gibt es jetzt auf dem Betriebsgelände (!) der Luftwerft ein festes Einsatzlager des BGS, wo einige Dutzend Bürgerkriegssoldaten der Bourgeoisie ihr ständiges Lager haben. Davor stehen nicht nur einige Lastwagen des BGS, sonders meist auch zehn (!) Panzerwagen!

... Ich weiss es nicht genau, aber es kann gut sein, dass einige der hier stationierten Panzerwagen in der letzten Woche dazu eingesetzt waren zusammen mit Ruhnaus Bullen das besetzte Haus in der Eckhoffstr. mit grösster Brutalität zu räumen!

Die Kollegen im Betrieb sehen sich die 'Grenzschützer' misstrauisch an. Kaum einer redet mit ihnen. Bemerkungen wie: 'Seht, da landen also unsere Steuergelder' sind oft zu hören. Einer meinte sogar: 'Die wollen uns wohl beim nächsten Streik auf die Finger klopfen!'

Wer andern hilft, fliegt raus !

In den letzten Ausgaben des ROTEN MORGEN berichteten wir über den Kollegen Wischnewsky von den Opel-Werken Bochum, der auf Antrag des unternehmerhörigen Betriebsrates entlassen worden war. Ein ähnlicher Fall geschah jetzt in Hamburg in den bei den Arbeitern berüchtigten Lumoprint-Betrieben, wo Betriebsrat Erich Gericke entlassen wurde. Noch stolz auf seine Spitzeltätigkeit schreibt der Betriebsrat der Lumoprint-Betriebe in seinem 'info' Nr. 2/73: "Im Februar 1973 hat ein Kollege vertrauliche Aufzeichnungen beim Betriebsrat entwendet, hat sie kopiert und verbreitet. Wir haben einen Antrag auf Entlassung bei der Geschäftsleitung gestellt. Der Antrag wurde genehmigt. Die Gewerkschaft wurde von uns benachrichtigt. Sie hat abgelehnt des Kollegen vor Gericht zu vertreten."

Was aber war wirklich geschehen? Welche 'vertrauliche Aufzeichnungen' hat der Kollege Gericke seinen Kollegen gezeigt.

Kollege Gericke war dem Betriebsrat wie der Geschäftsleitung von Anbeginn seiner Tätigkeit ein Dorn im Auge. Er setzte sich mutig für die Interessen seiner Kollegen ein, entlarvte den Betriebsrat, nachdem dieser nichts unternahm und nahm selbst die Dinge in die Hand. Erich rechnete den Lohn der ausländischen Arbeiter nach, kämpfte um Nachzahlung von Arbeitsentgelt, um das der Betrieb ihn betrogen hatte, holte die Gewerbeaufsicht in den Betrieb, weil die Kollegen bei laufenden Maschinen ihr Mittagsbrot einnehmen mussten und deckte viele andere Missstände auf. Ähnlich war es auch mit der 'vertraulichen Aufzeichnung'. Im Herbst letzten Jahres wurde ein Betriebsratsmitglied - ebenfalls auf Antrag des Betriebsrates entlassen. Dieses Betriebsratsmitglied ist Mitglied der D'K'P und wurde in erster Linie auf Grund seiner politischen Diskussion mit den Kollegen entlassen. Auf einer Betriebsversammlung stellten Arbeiter die Frage nach dem Grund dieser Entlassung. Der feige Betriebsrat wich den Fragen aus und faselte drum herum.

Erich, ebenfalls Betriebsrat, benötigte für seine Arbeit Werkzeug, das im Schrank dieses Betriebsrats lag. In diesem Schrank der ständig offen und für jedermann zugänglich war, war unter anderem ein Aktenordner, der Betriebsratsmaterialien enthielt. Und auch die Notiz, warum der D'K'P Kollege auf Antrag des Betriebsrates entlassen wurde. Und er fand in dem Bericht die wahren Entlassungsgründe: Unter anderem nämlich, dass das Betriebsratsmitglied über die Abschaffung der Leichtlohngruppen - sprich Frauenlöhne - mit den Kollegen diskutiert hatte. Kollege Gericke fertigte sich von dieser Notiz eine Kopie an und besprach sie auch mit einem Kollegen, der ihn dann beim Betriebsrat denunzierte. Der Betriebsrat durchsuchte daraufhin seinen Arbeitsplatz, schwärzte Erich sofort bei der Geschäftsleitung an, beschuldigte ihn und stellte den Antrag auf Entlassung.

Die Geschäftsführung fasste natürlich diese Gelegenheit schmunzeind beim Schopfe. Die IG Metall an die sich Erich sofort in dieser Angelegenheit wanste, teilte dem Kollegen Erich Gericke nach anfänglichem Zaudern in einem Schreiben mit, dass sie - die Gewerkschaft - 'aus grundsätzlichen Erwägungen der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit möglichst allen Betriebsräten' keinen Rechtsschutz mehr erteilen könne.

Was ist das für ein Betriebsrat, der Arbeiter bei der Geschäftsführung denunziert und Anträge auf Entlassung stellt? Was ist das für eine Gewerkschaft, die diesen korrupten und schleimigen Betriebsrat noch unterstützt und seine Machenschaften duldet?

Streik der Fluglotsen

Ab 1. Juni streikten die Fluglotsen fast im gesamten Bundesgebiet. In Hannover und Düsseldorf lief die "Aktion krank", an anderen Flughäfen gilt der "Dienst nach Vorschrift". Französische Fluglotsen haben für Montag der nächsten Woche einen Solidaritätsstreik angekündigt.

Mit Schilderungen über märchenhafte Gehälter bei den Lotsen, mit Katastrophenmeldungen über zusammenbrechende Passagiere in den Warteräumen macht die bürgerliche Presse Stimmung. Nichtstun auf Kosten der Bevölkerung - ist das das Ziel der Lotsen?

Die Meldungen über abgestürzte Flugzeuge häufen sich. Eine grosse Gefahr fur Zusammenstösse ist, dass der westdeutsche Luftkorridor nach wie vor ein Tummelplatz für die Militärflugzeuge der Alliierten wie der Bundeswehr ist. Offizielle Ursache aber ist hier wie auch bei Eisenbahnern fast immer "menschliches Versagen". Betroffen sind vor allem die Fluglotsen. Warum "versagen" sie? Weil zum Beispiel auf dem Fulghafen München-Riem 30 Lotsen fehlen, weil im Durchschnitt jeder Lotse 9 Flugzeuge gleichzeitig einweisen muss, obwohl internationale Gutachten 4 Flugzeuge als absolute Grenze angeben.

Die Forderung der Fluglotsen ist darum, neben einer Gehaltserhöhung vor allem eine Erhöhung der Planstellen, um wenigstens ein Minimum an Flugsicherung gewährleisten zu können.

Die Bundesregierung (die Lotsen sind ihr als Beamte unterstellt) ist zwar bereit, etwas mehr Geld zu zahlen, eine Erhöhung der Planstellen aber lehnt sie ab.

Ihre Devise heisst Rationalisierung - nicht Fulgsicherheit. Seit die Lotsen 1962 Beamte des Staates geworden sind, haben sich nicht nur die Gehälter der meisten gesenkt. Das Lotsendefizit stieg - 1968 fehlten 200, heute 400 Lotsen.

Wie "ernst" es der Bundesregierung mit der Sicherheit der Bevölkerung ist, zeigt sich aber vor allem daran, wie sie auf den "Dienst nach Vorschrift", also einer strikten Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, reagiert. "Rechtswidrig", schreit Genscher. Von den "Methoden einer Gang", sprach der ehemalige Verkehrsminister Leber beim Dienst nach Vorschrift 1972. Disziplinarverfahren und Entlassungen waren die Folge.

Dieses Verhalten des Staates trägt natürlich nicht dazu bei, dass die Lotsen ein "Beamtenbewusstsein" als Hüter dieses Staates entwickeln. Das Gegenteil ist der Fall. "Alles Übel", sagt ein Münchner Lotse, "ging 1962 los, als man uns den Beamtenstatus verpasste." Immer lauter werden die Stimmen, die zur Durchsetzung der Forderungen zum Streik aufrufen. Das Streikrecht - im reaktionären Bonner Staat für Beamte verboten - ist eine weitergehende wichtige Forderung.

KLASSE GEGEN KLASSE



HEIDELBERG: STREIK FÜR RECHTE DES BETRIEBSRATS

Rund 250 Arbeiter der Frima Schmittheim traten in denStreik, nachdem die Betriebsleitung von Jugendvertretung und Betriebsrat einen 'Tätigkeitsnachweis' verlangt hatte..

BREMERHAVEN: STREIK FÜR WIEDEREINSTELLUNG DES JUGENDVERTRETERS

Ein grosser Teil der Lehrlinge des Krupp-Werks Seebeck legte für über eine Stunde die Arbeit nieder und demonstrierte durch den Betrieb. Sie protestierten damit gegen die Entlassung ihres Jugendvertreters.

AUSTRALIEN: KAMPF GEGEN TEUERUNG

Die Arbeiter Australiens stehen nach Meldungen des Zentralorgans der Australischen Kommunistischen Partei in einem heftigen Kampf gegen die Teuerung und für höhere Löhne. Im April gab es eine Reihe von Demonstrationen auf den Strassen Streiks, Boykotten und Resolutionen dazu im ganzen Land. Arbeiter eines Stahlwerkes in Neusüd-Wales waren tagelang im Streik und haben angekündigt, immer wieder zu streiken, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Die Arbeiter der Automobilindustrie kämpfen ebenfalls. Am 7.Mai legten die Bauarbeiter im ganzen Land die Arbeit nieder, um 8% mehr Lohn zu erkämpfen und die Abschaffung eines Stufensystems, das die Arbeiter 'diszipinieren' soll. Angestellte und Journalisten haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt, die Beschäftigten der Ölindustrie bereiten den Streik vor. Ihr Streik richtet sich besonders gegen die ausändischen Ölmonopole im Land.

SPANIEN: 2000 ARBEITER ENTLASSEN

2000 von 2500 Arbeitern hat ein Metallbetrieb in Spanien entlassen, nachdem die Belegschaft 25 Tage für eine Lohnerhöhung von 100 DM gestreikt hatte. Wollen die Arbeiter wieder eingestellt werden, verlangt die Firma einen Bittbrief von jedem einzelnen.

Mit Aussperrung (für vier Tage) antwortete auch die Betriebsleitung eines Bergwerkes auf den Kampf der Arbeiter.

In ganz Spanien führt die Polizei im Moment eine grossangelegte Razzia durch, deren Ziel es ist die Zellen der KPS/ML zu vernichten.

CHILE: BARRIKADEN GEGEN POLIZEI

Gegen die Ankündigung der chilenischen Regierung, den Streik der Bergarbeiter durch 'staatlichen Eingriff' zu beenden, demonstrierten die Arbeiter auf den Strassen, errichteten Barrikaden und steckten sie in Brand. Dabei wurden zahlreiche Bergarbeiter verhaftet.

KOLUMBIEN: STREIK IN DEN ZEMENTWERKEN

6000 Zementarbeit streikten in Columbien für höheren Lohn. Als Folge davon war die Zementproduktion in vier Provinzen Columbiens lahmgelegt. Gleichzeitig traten die Arbeiter einer Kaffeplantage in den Streik.

FINNLAND: STREIK VON 10 000 STAATSANGESTELLTEN

Bereits seit drei Wochen streiken in Finnland rund 10000 Angestellte des Staates. Seit zehn Tagen sind dadurch fast alle Telephon- und Fernschreibverbindungen mit dem Ausland lahmgelegt. Bauarbeiter, Öltransporteure und Hafenarbeiter haben für diese Woche Streiks angekündigt.

Fortsetzung von Seite 3

1. Profitable Planlosigkeit

Bis 1976 soll der Anteil der Kohle am gesamten Energiegebrauch von 23,5% (1972) auf 15,3% zurückgeschraubt werden. Bis Ende 73 werden 30 Millionen Tonnen in Westdeutschland und 25 Millionen Tonnen in England auf Halde liegen.

Das ist zum ersten ein Ergebnis der kapitalistischen Jagd nach dem höheren Profit aus einem Industriezweig in den anderen. Hier ist es die Jagd nach dem Erdöl, an der sich die Kohleherren der RAG z.B. höchstpersönlich über Deminex beteiligen. Die Folgen der kapitalistischen Planlosigkeit für den Kumpel sind bekannt: Dieses Jahr soll ihre Zahl bei der RAG bis unter 150 000 geschrumpft werden.

2. Zunehmende Konkurrenz

Zur Verschärfung der Bergbaukrise trägt auch die zunehmende Konkurrenz der Monopole bei, besonders seit der Erweiterung der 'Europäischen Gemeinschaft' (EG). Nachdem der französische, belgische und holländische Bergbau (in Holland macht bald die letzte Zeche zu – die übrigens alle in Staatsbesitz sind!), von der westdeutschen Konkurrenz weitgehend niedergerungen wurde, trat mit dem EG-Beitritt Englands ein neuer Gegner gegen die Ruhrkönige an. Die niedrigen Löhne der englischen Kumpel – dank Verstaatlichung – sollten die Ruhrkönige schrecken, könnte man meinen. Wenn nun aber 1,5 Mill. Tonnen Steinkohle pro Jahr zollfrei in die BRD aus England eingeführt werden (EG-Beschluss von diesem Frühjahr), so bedeutet das zwar weitere Zechenstillegungen für die westdeutschen Bergleute, aber dennoch höhere Profite für die Ruhrkönige. Diese unglaubwürdige Tatsache erklärt sich folgendermassen:

Zum einen ist der Hauptabnehmer für Kokskohle (50%) die Stahlindustrie, und deren Herren Sohl, Thyssen usw. sitzen wiederum im Aufsichtsrat der RAG. Billiger Koks aus England erhöht also und schmälert nicht den Profit der Kohle-Stahl-Kapitalisten.

Nicht genug, dass diese Herren die englische Konkurrenz zur verschärften Rationalisierung benutzen, gleichzeitig fordert Sohl und Co. zollfreien Import vor allem aus Südafrika, Australien und Polen.

Folge für den Bergmann: Verlust des Arbeitsplatzes, Erpressung mit hohen Haldenbeständen während des Lohnkampfes.

Zum dritten dient die verschärfte Konkurrenz einem grossen Gejammer der Kohlekönige nach:

3. Staatssubventionen

Und die erhalten sie, vom kleinen Mann, über den staatlichen Steuereintreiber, versteht sich. Von der 'energiepolitischen Gesamtkonzeption' aus Bonn sind bereits an Plänen durchgesickert:

1. Tilgung der 'Altlasten' (Deputatkohle, d.h. kostenlose Kohle für den Arbeiter; Bergschäden u.a.) soll nicht mehr der Kapitalist, sondern der Steuerzahler zahlen. Für 1972 allein 300 Millionen für die RAG!

2. Auch die Profiteinbussen durch die Kohlehalden sollen wir bezahlen: 300 Millionen für die RAG in einem Jahr!

3. Finanzierung der Kapitalisten durch 'Kohlepfennig', Heizöl- und Benzinsteuer. Leichtes Heizöl, das der Werktätige in seiner Heizung verbraucht, wird um 4,– DM/t mehr besteuert, schweres Heizöl für die Industrie erhält Steuererleichterung.

Insgesamt: Milliarden aus dem Staatssäckel, Milliarden Haushaltsdefizite, die die Inflation antreiben, Milliarden für weitere und noch weitere ganz entscheidende Profite:

4. Rüstungsprofite

Selbstverständlich sind die 'Arbeitervertreter' der IGBE ebenfalls für mehr Subventionen, sie sind aber gegen zollfreie Importe. Nach ihrer Vorstellung soll die Kohleförderung nicht nur auf eine Mindestförderung festgelegt werden (85 Mill. t), sondern möglichst bald gesteigert werden. Denn: die Kohle im Lande ist die sicherste, worauf auch die D'K'P hinweist.

Angeblich liegt diesen Herren die Arbeitsplätze der Kumpel am Herzen. Schaut man genauer hin, geht es neben scheinheiliger Demagogie noch um mehr:

Auffällig ist zunächst die regelrechte chauvinistische Hetze der IGBE-Führer in der 'Einheit' gegen die Araber, die kriegslüstern und erpresserisch den armen Konzernherren höhere Ölpreise abverlangen oder sie gar mit Enteignung bedrohen. Auffällig ist die Betonung der 'nationalen Sicherheit' im Zusammenhang mit dem Hinweis der IGBE-Führer, auf die verschärfte Konkurrenz zwischen den Imperialisten selbst (die Ruhr-AG büsste z.B. 230 Mill. Mark durch die Dollarabwertung ein). Es fällt auf, dass die 'Einheit' Nixons Berater zum Thema Energiekrise gross zitiert:

"Energieengpässe in den USA werfen auch einige Aussenpolitische Erwägungen auf. Da ist einmal die Frage der nationalen Sicherheit. Die Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen können das Militär- und Verteidigungspotential der USA in Zeiten von Feindseligkeiten für ein Embargo anfällig machen."



Jetzt wird deutlich, was in letzter Konsequenz der Beitrag der IGBE-Bonzen und D'K'P zum 'Energie-Konzept' ist: Nicht die Erhaltung der Arbeitsplätze, sondern der Kampf um wirtschaftliche Autarkie im Falle imperialistischer Kriege! Hat nicht schon Lenin die Arbeiterverräter als Schrittmacher des Chauvinismus, als 'Vaterlandsverteidiger' gebrandmarkt?! Hier wird es deutlich!

Adenauer sagte schon 1954 vor dem deutschen Bundestag: "Kohle und Stahl waren von jeher Grundlagen militärischer Rüstung." Kein Wunder, dass die Kohle-Stahl-Haie die aggressivsten Kriegstreiber waren und sind. Kein Wunder auch, dass sie am dicksten im Rüstungsgeschäft sitzen. Kein Wunder, dass schliesslich Bundeswehrbesuche auf den Zechen seit Jahren gang und gebe sind.

Es darf uns daher auch nicht wundern, dass die IGBE-Herren beste Beziehungen zum Offizierskorps pflegen. Und auch nicht die Tatsache, dass die IGBe kein Wort verlor, als die Bergjungarbeiter nach der SPD/FDP-'Wehrreform' vom letzten Herbst nicht länger freigestellt sind, sondern ebenfalls zum Barras müssen. Dass andererseits die IGBe-Führer durchaus Worte verlieren, gegen Kriegsdienstverweigerer und andere Vaterlandslose Gesellen...

Die IGBe-Führer sind die 'nationale' Stimme ihres Herren; und diese Stimme heisst: 'Nationale Energiesicherheit' für den Ernstfall, Verbreitung des Chauvinismus, der Hetze gegen die um Befreiung kämpfenden Völker und der Parteiergreifung für den 'eigenen Imperialismus', Stärkung der Kriegstreiber an Rhein und Ruhr.

* * * * * * * * * * * * * * * *

Die Bergarbeiterbewegung war in den 50-iger Jahren Vorkämpfer gegen die Wiederbewaffnung, die Kumpel waren besonders harte Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Bergarbeiter der Saar und der Ruhr werden nicht auf 'energiepolitische Pläne' der Regierung und nicht auf 'nationale Sicherheitspläne' der IGBe-Bonzen, sondern nur auf ihre eigene Kraft vertrauen können. Das Ende des Kapitalismus ist das Ende der Verelendung der Bergarbeiter.

Wiedereinstellung von H. Philippek!

H. Philippek arbeitet bei der Firma Wildfang in Gelsenkirchen. Er setzte sich sehr für die Interessen seiner Kollegen, besonders der ausländischen Arbeiter ein, und wurde deshalb auch zum Betriebsrat gewählt. Freistellen lassen wollte sich Philippek nicht.

Vor einiger Zeit erklärte die Betriebsleitung, er brauche zu viele Freistunden für seine Betriebsratstätigkeit, behielt einen Teil seines Lohnes ein und kündigte ihm. Der Betriebsrat allerdings stimmte der Kündigung nicht zu, sondern ging zusammen mit der IGM vors Arbeitsgericht.

Gegen diese Entlassung bildete sich eine Bürgerinitiative Philippek, in der die D'K'P, SDAJ und Gewerkschafter vertreten waren. Verantwortlich für den Rauswurf war Geschäftsführer Dr. Naumann, früher im Reichspropagandaministerium, in Hitlers Testament als Reichspropagandaminister bestellt. War das nicht der Beweis, dass verantwortlich für die Unterdrückung der Arbeiter die alten Nazis, das Rechtskartell ist? War das nicht der Beweis, dass die Demokratie im Betrieb herzustellen ist, wenn man diese Nazis hinauswirft?

Auf Flugblättern, mit Parolen auf einer Demonstration versuchte die Bürgerinitiative diesen Beweis anzutreten.

Die Partei hatte bis dahin in den Kampf nicht eingegriffen. Erst, als uns die Kollegen auf unserem Arbeitertreff fragten, warum wir uns an der Bürgerinitiative nicht beteiligten, wurde uns der Fehler klar. Wir hatten gedacht, was haben wir da zu suchen, wo IGM und Revisionisten die Sache in die Hand genommen haben. Aber gerade wo Arbeiterverräter am Werk sind, dürfen wir die Kollegen nicht im Stich lassen, müssen wir eingreifen.

Es war höchste Zeit. Am nächsten Tag rief die Bürgerinitiative zu einer zweiten Demonstration für H. Philippek auf. Unter den Parolen: Solidarität für H. Philippek! Für Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb! marschierten nicht nur 'feste' DKPler und Jusos, sondern auch einfache Mitglieder und Kollegen aus dem Betrieb.

Wir bildeten bei dieser Demonstration einen eigenen Block und verteilten Flugblätter. Auf Transparenten und mit Parolen forderten wir: Solidarität mit H. Philippek! Weg mit dem reaktionären BVG - Mitbestimmung, das ist Krampf, hier hilft nur der Klassenkampf!

Natürlich wurden wir von den D'K'P- und Juso-Grössen beschimpft und immer wieder aufgefordert, unser Transparent einzurollen. Uns anzugreifen, wagten sie aber nicht. Denn das Interesse für uns war gross. **Einige Kollegen und SDAJler reihten sich in unseren Block ein. Es gelang uns sogar, einige von ihnen mit nach Dortmund zu nehmen zur Demonstration gegen den neuen Zaren im Kreml, Breschnew.**

Interessant ist noch, wie der Prozess ausgegangen ist. Er endete mit einem Vergleich. Ausdrücklich wird dabei in einer Klausel klargestellt, dass dieses Urteil aber kein Grundsatzurteil für ähnliche Fälle und Prozesse sei.

Nazis raus aus Bielefeld!

Bielefeld (RM) – Am 26. und 27. Mai fand in Bielefeld der Bundeskongress der 'Jungen Nationaldemokraten', der Jugendorganisation der NPD statt. Für Sonntag nachmittag hatten diese offenen Faschisten eine Demonstration angekündigt. - 'Gegen Imperialismus - für nationale Einheit'. Die Demonstration sollte sich angeblich gegen den US-Imperialismus und den SU-Imperialismus richten.

Mit dieser üblen Demagogie versuchen die Neonazis den berechtigten Hass und das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Supermächte für ihre Ziele auszunutzen. In ihren faschistischen Hetzblättern stellen sie sich scheinheilig auf die Seite des vietnamesischen Volkes und bekämpfen gleichzeitig die angeblich 'kommunistische' Einmischung der SU in Indochina. Ziel ist, der Bevölkerung weiszumachen; 1. die Kremlzaren und die Revisionistencliquen der DDR usw. wären Kommunisten, 2. Kommunismus bedeute auch Imperialismus 3. man müsse gegen den Kommunismus bei uns kämpfen, gleichzeitig auch die angeblich kommunistisch regierten Länder Osteuropas 'befreien', also den Revanchefeldzug organisieren. Das ist ihre Handlangerrolle, für die Monopolherren der BRD. Deswegen redet keiner in Bonn von ihrem Verbot.

200 Braune, herangekarrt aus dem ganzen Bundesgebiet versammelten sich in der Bielefelder Innenstadt. Die Demagogie ging auch hier weiter: Ein Sänger sang 'Brüder, zur Sonne zur Freiheit', die Nazi brüllten mit.

Neben den Faschisten fanden sich etwa 50–60 Antifaschisten ein, Genossen der Roten Garde, des Arbeiterjugendzentrums, der Liga und Sympathisanten der 'KPD'/AO. Obwohl die Aktion vorbereitet war, griffen die Genossen beherzt ein, um den Braunen das Spiel zu verderben.

Sie bildeten einen zweiten Demonstrationszug der denjenigen der Faschisten überholte. Die Genossen konnten so der Bevölkerung die Nazis ankündigen mit Parolen wie: 'Faschisten raus aus Bielefeld', 'Tod dem Faschismus - Sieg dem Sozialismus' usw. Die Faschisten zogen durch die fast menschenleere Innenstadt (durch Arbeiterviertel wagten sie sich nicht), fanden bei den wenigen Passanten keine Sympathie. Als die NPD-Jünger ihre Kundgebung durchführten, stelle ein Bewohner eines anliegenden Hauses seinen Lautsprecher ans Fenster, drehte voll auf und störte so, zusammen mit unseren Sprechchören, die Kundgebung.

Auch die politische Polizei war dabei. Sie fand jedoch nur an unserem Demonstrationszug Interesse, wo sie fleissig knipste, immer in Erwartung, dass es zu Schlägerein kommen konnte. Auf wessen Seite die Bullen dann gestanden hätten war von vorneherein klar: Die Faschisten brüllten die Parole 'Mit den Polizisten gegen Kommunisten.'. Das spricht für sich.

Revisionistisches

Ein revisionistischer Fisch im Netz

Polen verurteilt Ausdehnung der isländischen Fischereigewässer

Warschau, 22. Mai. (upi) Anläßlich des Besuches des isländischen Außenministers Agustsson in Warschau hat Polen am Dienstag die Ausdehnung der isländischen Fischereigewässer von 12 auf 50 Meilen verurteilt. »Die Ausdehnung der Fischereizone, wie dies von verschiedenen afrikanischen und südamerikanischen Staaten und von Island verfügt wurde, macht es unmöglich, das Meer als *Nahrungsmittelquelle* voll auszuschöpfen. Und dies gerade in einer Zeit, wo die Welternährungslage allgemein nicht sehr gut ist«, erklärte der polnische Schiffahrtsminister Jerzy Szopa gegenüber Journalisten in Warschau.

Es ist manchmal kaum zu fassen, mit welcher Unverfrorenheit die Pseudokommunisten dem Imperialismus huldigen. So auch dieser Versuch, den am Hungertuch nagenden, von den Imperialisten der ganzen Welt ausgebeuteten und unterdrückten Völkern Afrikas auch noch das Recht auf den Schutz ihrer Fischerei zu nehmen. Die Revisionisten schreien, "Das Meer muss als Nahrungsmittelquelle voll ausgeschöpft werden!" und die Afrikaner wollen uns am Schöpfen hindern. Kleine Staaten haben nach Ansicht der Revisionisten kein Recht darauf, ihre eigenen Nahrungsmittelquellen auszuschöpfen, sie sollen das Feld den imperialistischen Grossfischereiflotten überlassen. Wie alle eingefleischten Kolonialisten sagen die polnischen Revisionisten: Sollen die Afrikaner doch verhungern oder an den Wurzeln ihrer Bäume nagen. Hauptsache die fetten Fische sind in unserem Netz, und wir schlagen unseren Profit daraus, wir diktieren die Preise, durch unser Fischmonopol. – Also die Verbesserung der Welternährungslage, zugunsten der Sattgefressenen.

* * *

Freie Sicht in die Röhre des Kapitals

In einer grundsätzlichen Erklärung zum Verhältnis der DDR zur BRD betonte DDR-Parteichef Honnecker, dass "jeder DDR-Bürger westliche Rundfunk- und Fernsehsender nach Belieben ein- und ausschalten kann". Man muss schon sagen, eine ungeheure Freizügigkeit. Es ist ja so oder so in der DDR gang und gäbe geworden, in den Westen zu blicken.

Heute ist es selbst für geübte Fernseher oft recht schwer, einen Unterschied in den Sendungen des Ostens zu denen des Westens zu erblicken. Heulen doch auf beiden Kanälen Schnulzensänger, singen dieselben Schnulzensänger das immer gleiche Lied von Liebeslust und -Weh, bilden Werbefernsehen, Krimi, Quiz und nackter Hintern den Grossteil des Programms. So hat Herr Honnecker seinen Bürgern die grosse Freizügigkeit erwiesen, und ihnen gestattet, zwischen kapitalistischem Kitsch 'made in BRD' und kapitalistischem Kitsch 'made in DDR' auszuwählen.

Stillschweigend, ohne diese grossen Töne ist in der DDR, Stück für Stück der Arbeiterklasse das Recht gestohlen worden, Funk und Fernsehen als ihr Sprachrohr, als ihr Propagandainstrument für den Sozialismus zu benutzen. Funk und Fernsehen wurden zum Verdummungsinstrument und Kulturträger der neuen Bourgeoisie. Da gibt es natürlich nicht mehr die Notwendigkeit, gegen die Meinungsmache aus dem Westen anzukämpfen.

Im Gegensatz dazu stehen tatsächlich sozialistische Staaten, wie die VR Albanien. Dort dient Rundfunk und Fernsehen dem Volk. Auch dort werden westliche Fernsehsendungen gesehen; allerdings mit dem Zweck, darüber nachher im Kollektiv zu diskutieren. So soll das albanische Volk immer besser lernen, die feindlichen kapitalistischen Manipulations- und ideologischen Unterwanderungsmethoden zu erkennen und gegen sie anzukämpfen. Es wird klar der Widerspruch herausgearbeitet zwischen der volksverbundenen und vorwärtsweisenden sozialistischen Kultur, und dem dekadenten westlichen Klimbim.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Koebau-Bosse reagieren 'beleidigt' :



Koebau-Stück verboten!

Die Studiobühne hat seit November 1972 an einem Stück gearbeitet, das jetzt uraufgeführt werden sollte.

Um ein gutes Stück über die Kollegen im Betrieb zu schreiben, wurden viele Gespräche mit Koebau-Arbeitern geführt, offizielle Schriften über Koebau studiert und Koebau-Betriebszeitungen gelesen. Was dabei rauskam war

DER GEIST VON OBERZELL

ein Stück über Bosse, Bonzen und Koebau-Arbeiter. Obwohl im Stück selbst weder Bolza-Schünemann noch Hatzold noch Kunzemann namentlich genannt werden, reagierten die Drei sofort ...

CVJM-CHEF VOCKE: STIEFELLECKER DER KOEBAU-BOSSE

Sofort schickten die Bosse ihren Helfershelfer und Hatzold-Spezi Vocke Chef des CVJM, vor. Dieser sperrte der Studiobühne die CVJM-Räume zur Aufführung. Begründung: "Unvertretbare politische Ansichten werden in dem Stück beschrieben." Damit war die Premiere am letzten Dienstag geplatzt. Am letzten Freitag sollte dann in der Mensa des Studentenhauses die Uraufführung stattfinden. Doch am Freitag Mittag wurde der Studiobühne eine "einstweilige Verfügung" des Landgerichts Würzburg zugestellt, die von Koebau erwikrt war. Jetzt ist das Stück ganz verboten!

In den einstweiligen Verfügung heisst es unter anderem: "Der Verfügungsbeklagte (die Studiobühne - die Red.) behauptet auch der Wahrheit zuwider Tatsachen, die geeignet sind, den Kredit des Unternehmens zu gefährden oder sonstigen Nachteil für dessen Erwerb und Fortkommen herbeizuführen. Der Wahrheit zuwider wird behauptet, die Verfügungsklägerin (Koebau - die Red.) beute die Arbeiter aus und schmiere den Betriebsratsvorsitzenden..."

Das Gericht fasste den Beschluss: "Der Antragsgegnerin (Studiobühne - die Red.) wird unter Androhung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, das Theaterstück "Der Geist von Oberzell" in der vorgelegten Textfassung aufzuführen oder aufführen zu lassen."

Kollegen,

Wenn "der Geist von Oberzell" wirklich nur Unwahrheiten enthält, warum fürchten dann die Bosse die Aufführung?

Wenn das Stück wirklich nur eine "Beleidigung" ist, warum wollen die Bosse dann verhindern, dass sich Koebau-Arbeiter das Stück ansehen? Die Arbeiter würden doch gleich merken, wenn das Stück nicht stimmt. Und die Studiobühne wäre auch bereit, das Stück in der Kantine von Werk I zu spielen. Da würde doch die Studiobühne ganz schön reinfallen, wenn wirklich nur Unwahrheiten in dem Stück sind.



Kollegen,

"Der Geist von Oberzell" ist EUER Stück. Kämpft mit der Studiobühne für die Aufführung! Die Studiobühne wird versuchen, durch einen Prozess die Aufführung durchzusetzen.

IHR HABT DAS RECHT, DAS STÜCK ANZUSEHEN!

FÜLLT DIE BEILIEGENDE KARTE AUS und schickt sie an den ASTA oder gebt sie ausgefüllt heute mittag an die Verteiler der ROTEN ROTATION zurück!

DAS PASSIERT IM STÜCK:

Im weiteren unterhalten sich Kollegen über Vorgänge in Werk I und Werk II. Ein Gast aus Südafrika und die Bosse beraten, wie man die Arbeiter am besten schindet. Dann wird Firmengründer Koenig darüber aufgeklärt, wie man heute die Arbeiter ausbeutet. Die Bosse singen einzeln je ein Lied:

Bonzemann: (Betriebsratsvorsitzender)

"Na sehen sie, ich stehe dem Betriebsrat vor
ich stimme den Arbeiterchor
ich halte für die Gewerkschaft das Notenblatt
der Unternehmer ist Dirigent, weil er den Taktstock hat.

Ja, wir spielen geschickt das Spiel mit den paar Prozenten.
Wir von der IGM tun so, als ob uns zwei Welten trennten.
Wir rufen nach Urabstimmung und drohen mit Streik,
doch im Geheimen backen wir Brötchen aus Unternehmerteig.

Wir tun sehr stark und mimen auf solidarisch und hart,
Wir kraulen dem Arbeiter den paritätischen Bart.
Denn Mitbestimmung steht auf unserm Papier,
Aber mitbestimmen dürfen und sollen als Bonzen nur WIR!"

Unhold:

"Sehen sie, während ich so sitze im Stadtrat
wo man mich ganz gerne hat
manche haben mich weniger gern
das sind die von der SPD-Fraktion, die Herren.

Und wie ich so sitze und sitze und denke an mich
da tuts meinem Herzen einen furchtbaren Stich
Und ich sag mir: Oh Unhold, lege den Löffel nicht weg,
trink morgen lieber zwei Schoppen weniger im Sandertorbäck.

Denn was soll aus uns werden und aus der Demokratie,
und spiel ich als Rechtsvorstand nicht 'ne gute Partie.
Drum auf gegen das Arbeiterpack und gegen die Roten.
Und Hände weg vom Profit, sonst gibts was auf eure Pfoten!"

Bossa:

"Wenn ich diese Herrn nicht hätt,
den Stiefellecker schwarz und fett und den roten Steigbügelhalter,
dann gings mir wegen Diebstahl schon lang an den Kragen, mein Alter!

Der eine ist dafür da, dass er mich verteidigt,
der andere ist als stummer Zeuge vereidigt.
Der eine steht an der Ecke Schmiere für mich,
der andere sagt den Bestohlenen, so schlimm sei es ja nicht.

Das wissen auch die Komplizen im Aufsichtsrat.
Man braucht Männer mit elastischem Rückengrat.
Mäste sie mit Einfluss und Geld zu ner Elite,
und du wirst sehen, das verbessert sogar die Rendite!"

Alle drei gemeinsam:

"Und wenn gegen uns die Studionbühne vom Leder zieht,
dann läuten wir beim CVJM-Heim die Glocke
und wenn dann jemand glatzköpfig aus dem Fenster sieht, dann rufen wir:
Wo bleibt das Hausverbot gegen die roten Schweine, Herr Vocke!

Wir spenden doch genug für den Verein der christlichen Männer,
sorgen Sie gefälligst für den Ruf von Koebau
andernfalls verlieren sie uns als Gönner.
Das wollen Sie sicher nicht, wau, wau, wau!

Und will die Studiobühne trotzdem heute spielen,
dann besorgen wir uns 'ne Verfügung beim Landgericht.
Die sollen mal die Rache des Firmengründers spüren,
und wenn dabei das Recht der Meinung zusammenbricht.
Klar Herr Vocke?
Antworten Sie!"

Zum Schluss singen die Arbeiter das Schlusslied:

"Wenn uns die Bosse fragen werden wir ihnen sagen,
im Falle eures Falles wollen wir wirklich alles.

Wenn uns die Bonzen dämpfen werden wir sie bekämpfen.
Und im Falle ihres Falles wollen wir wirklich allles.

Der Kampf gilt dem Kapital, wir haben keine Wahl.
Und für den Fall seines Falles wollen wir wirklich alles.

Wer sich in den Weg uns stellt, wer uns in den Arm fällt,
erkennt im Fall seines Falles wir wollen wirklich alles."

Nahost US-Kriegsvorbereitungen

Senator Fulbright sagte: "Eine Intervention im Nahen Osten ist nicht mehr undenkbar. Die Energiekrise in Amerika und die zunehmende Abhängigkeit des Westens vom arabischen Öl kann zu einem militärischen Einschreiten der USA oder ihrer Helfer Iran und Israel führen, um die Ölquellen zu sichern.'

Beweise dafür sind zur Genüge vorhanden. 600 altgediente Militärexperten der USA, meist ehemalige Vietnamkrieger, haben sich bereits aktiv am Schlag der libanesischen Armee gegen die palästinensischen Freiheitskämpfer beteiligt.

An Israel werden ganze Staffeln von neuen US-Phantom-Kampfflugzeugen geliefert.

Die persische 190 000-Mann-Streitmacht wird mit modernsten amerikanischen Waffen ausgerüstet. Für rund sieben Milliarden Mark Phantom-Jets, Hubschrauber, Zerstörer, Panzer, Raketen, "praktisch alles ausser Atomwaffen", wie ein Pentagon-Beamter schwärmte.

An Kuweit werden 160 M-60 Panzer geliefert, dazu 32 F-8 Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Flug- und Panzerabwehrraketen.

Diese Lieferungen werden begleitet von einem Heer von Experten, Militärberatern und CIA-Agenten.

Die militärische Unterwanderung der arabischen Staaten wird von den sowjetischen Sozialimperialisten ebenfalls schon seit Jahren mit wachsender Intensität betrieben. Die beiden Supermächte, die sich dort um ihre Einflusssphären streiten und gleichzeitig gemeinsam die Unabhangigkeitsbestrebungen der arabischen Völker mit Gewalt ersticken wollen, sind bereit, dafür ein neues Vietnam zu schaffen.

Insbesondere Lybien hat sich den Hass der US-Imperialisten zugezogen, indem es sämtliche US-Ölfirmen nationalisierte.

Lybien verurteilte beim Weltsicherheitsrat die USA und bezichtigte die USA des Terrors, der Provokation und der Aggression.

Lybiens UN-Botschafter Kamel Maghur protestierte gegen die Präsenz der amerikanischen 6. Flotte im Mittelmeer und führte auf, dass amerikanische Militärflugzeuge bereits in den lybischen Luftraum eingedrungen sind; er verurteilte auch Störmanöver amerikanischer Flugzeuge und amerikanischer Flugzeugträger nahe der lybischen Küste. Er sagte, die USA haben diese Zwischenfälle inszeniert, um eine Konfrontation mit Lybien zu provozieren. Maghur prangerte die amerikanische Verschwörung an, die das Volk daran hindern will, seine Kontrolle über seine Bodenschätze auszuüben und aus dem Griff des amerikanischen Monopols zu befreien.

Es heisst wachsam sein! Alle antiimperialistischen Kräfte müssen den Unabhängigkeitskampf der arabischen Länder verstärkt unterstützen. Der Krieg der Imperialisten gegen die arabischen Völker wird genauso Schiffbruch erleiden, wie ihre Aggression gegen das vietnamesische Volk.

WAHLEN IN IRLAND:

Wenig Stimmzettel - dafür entschlossener Kampf

Wahlen in Iralnd - zum ersten Mal seit sechs Jahren. Mit grossen Trara verkünden die britischen Imperialisten die Aufhebung des Klassenwahlrecht; die Möglichkeit, dass jetzt auch Katholiken Mehrheiten in Gemeinderäten erlangen können. Freie Wahlen also? - Mülleimerwahlen - sagt das Volk. Denn die zukünftigen Gemeinderäte werden vor allem über 'Kunst' und 'Abfallbeseitigung' bestimmen dürfen - alle anderen Rechte sind rechtzeitig vor den Wahlen an die von London kontrollierte Zentralverwaltung gegangen.

Klarer könnte kaum ein Kommunist den Wahlschwindel und Parlamentsbetrug der Imperialisten entlarven als der britische Löwe selbst. Und so ist auch kaum jemand überrascht, über die geringe Wahlbeteiligung. Statt Kreuze für die Imperialisten zu malen, ging das irische Volk auf die Strasse und kämpfte. Fast in allen grösseren Städten kam es am Wahltag zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Nicht nur an diesem Tag lehrten Gewehre und Bomben in den Händen der Patrioten die britischen Imperialisten das Fürchten. Allein in der ersten Mai-Woche wurden 8 englische Soldaten getötet, 17 weitere verwundet, in den vergangenen Tagen wurde in Derry eine Kaseren, in Belfast ein Klub, in Kromaglen zwei Panzerfahrzeuge zwei Läden zum Verkauf von Rolls Roys und andere in die Luft gejagt. Indessen greifen bewaffente Patrioten Polizei- und Militärstreifen ständig an. Patroiullen und Militärfahrzeuge werden in Hinterhalte gelockt. Ein Sprecher der britischen Militärkommandos erkärte erst kürzlich, die britischen Kräfte würden so überraschend angegriffen,, dass sie zur Gegenwehr gar nicht mehr kommen.

Durch die Angriffe, Hinterhalte, Minen usw. wird die Lage der britischen Imperialisten immer unsicherer. Das britische Kommando ist zum Beispiel gezwungen, zu verbieten, dass britische Soldaten einzeln auf die Strasse gehen. Gleichzeitig verstärken die britischen Besatzer ihrer Terror gegen die bewaffneten Patrioten und die Bevölkerung. So schoss in Belfast eine Patrouille auf ein siebenjähriges Kind und verwundete es schwer. Ein anderes Kind wurde durch einen Kopfschuss verwundet - es war an einem britischen Beobachtungsposten vorübergegangen. Die Konzentrationslager sind überfüllt. Allein nach Long Kesch wurden etwa 500 Patrioten ohne Gericht und Untersuchung gebracht. Bei den sogenannten Sondergerichten werden nur Agenten des britischen Abwehrdienstes, Vertreter der Ulsterpolizei, oder gekaufte Faschisten als Zeugen zugelassen.

Angespornt durch die Verbrechen der Imperialisten wagen sich faschistische Gruppen immer offener auf die Strasse, organisieren bewaffnete Überfälle auf die Bevölkerung in Arbeitervierteln, werfen Bomben in Massendemonstrationen und Kundgebungen.

Angesichts diesen Terrors wächst nicht nur die Entschlossenheit der bewaffneten Patrioten, die britischen Imperialisten endgültig vom Boden Irlands zu vertreiben. Ihr bewaffneter Kampf wird unterstützt durch immer zahlreicher werdende Massendemonstrationen und Kundgebungen, auf denen der Abzug der britischen Truppen gefordert wird.

ANKLAGESCHRIFT

GEGEN DIE BÜRGERLICHE KLASSENJUSTIZ IM PROZESS GEGEN ERNST AUST

Der Richter, Herr Sörensen, und die Anklagevertretung behaupten, dass ich vorbestraft sei. Sicher meinen sie damit meine Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis im 'Blinkfüer'-Prozess vor rund zehn Jahren. Nun setzt das Wort Strafe aber eine Schuld voraus, deretwegen man bestraft, vorbestraft wird. Ich aber bestreite, heute wie damals, entschieden auch nur in irgendeinem Punkte schuldig geworden zu sein. Schuldig gegenüber meiner Klasse, deren Interessen und Ziele zu vertreten für mich als Kommunist höchste Verpflichtung ist.

Stets habe ich mich nach besten Kräften bemüht unter den Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu propagieren, ihre Unvermeidlichkeit nachzuweisen, ihren Nutzen für das Volk klarzumachen, das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie vorzubereiten. Und als meine Partei, der ich früher angehörte, die KPD, ihr strategisches Ziel, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes, verriet, als sie sich anschickte für das Linsengericht der nach den heutigen Strafgesetzen erlaubten Organisationen, das Recht des Proletariats auf die Revolution zu verkaufen, habe ich mich von ihr getrennt. Getrennt, um gemeinsam mit anderen revolutionären Genossen das rote Banner der Arbeiterklasse aus dem Staub zu reissen, in den es die Bachmann und Co. getreten hatten.

Wenn sie, Herr Sörensen, sagen: in der Anklageschrift steht, ich sei vorbestraft, so heisst das nichts weiter, als dass mich ein bürgerliches Klassengericht terroristisch verurteilt hat. Es ist ein Schmarren, ein glatter Betrug von der Unabhängigkeit, der sogenannten Überparteilichkeit der Richter zu sprechen. Sie sind vom kapitalistischen Staat, diesem Instrument der Unterdrückung des werktätigen Volkes, genauso 'unabhängig' wie das Euter von der Kuh oder die Säge vom Sägefisch. Sie und ihre Amtskollegen sind nichts weiter als die "Büttel der herrschenden Klasse", bei der sie ihre Brötchen verdienen. Sie sprechen Recht. Wessen Recht?

Es gibt kein abstraktes über den Klassen stehendes Recht, genauso wenig, wie es eine abstrakte Demokratie, eine abstrakte Freiheit gibt. Tatsächlich gibt es in der Welt nur konkrete Freiheit, konkretes Recht, konkrete Demokratie. Wenn es in einer Gesellschaft des Klassenkampfes die Freiheit der Ausbeuterklasse gibt, die Werktätigen auszubeuten, so haben die Werktätigen keine Freiheit, sich der Ausbeutung zu entziehen. Wenn es Demokratie für die Bourgeoisie gibt, gibt es keine Demokratie für das Proletariat und die anderen Werktätigen. Wenn es Recht und Gesetze gibt, so ist es immer das Recht, sind es immer die Gesetze der herrschenden Klasse die zur Aufrechterhaltung ihrer Machpositionen und deren ökonomischen Grundlagen dienen. Dort wo die Lakeien der kapitalistischen Ausbeuterklasse Recht sprechen, kann es kein Recht für die Ausgebeuteten geben.

Sie können also von mir nicht erwarten, dass ich diese Institution, die sich Amtsgericht nennt, dass ich sie, 'Büttel der Staatsgewalt', ernst nehme. Wenn ich hier stehe, so gibt es zwei Gründe: Zum einen, weil, wenn ich nicht erschiene, sie mich durch ihre Polizei holen lassen, beziehungsweise mich einkerkern würden. Zum anderen - und das ist für mich der wichtigere Grund - weil mir dieser Prozess die Möglichkeit gibt, diese bürgerliche Klassenjustiz, ihren Unterdrückungsmechanismus zu entlarven. So wie wir Kommunisten, je nach Lage, uns an den Wahlen beteiligen, nicht weil wir uns einbilden, unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei die Merhehit zu erobern, sondern um das Parlament als Tribüne für die Propagierung unserer Anschauungen zu benutzen, so benutzen wir die Tribüne des Gerichts, nicht, weil wir annehmen, hier Recht zu finden, sondern um aufzuzeigen, dass es notwendig ist, will das Proletariat, wollen die Werktätigen 'ihre' Freiheit erringen, diesen kapitalistischen Staat samt seinem Unterdrückungsapparat und seiner Klassenjustiz zu zerschlagen!

Um von Anfang an klare Fronten zu schaffen: Ich stehe hier nicht als Angeklagter, der sich verteidigen müsste. Ich klage sie, der sie sich anmassen darüber zu befinden, was ich im ROTEN MORGEN, dem Zentralorgan unserer Partei, geschrieben habe, an, sich des Verbrechens der Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäusserung schuldig zu machen. Ich klage sie und den Herren Staatsanwalt als Vertreter des Staates und seiner Regierung an, den Namen des deutschen Volkes zu missbrauchen, indem sie:

- **dem Aggressionsstreben des westdeutschen Imperialismus Vorschub leisten;**
- **die konterrevolutionäre Gewalt, den offenen Terror der Staatsorgane gegen das Volk unterstützen;**
- **die imperialistischen und faschistischen Schreibtischmörder in ihren Verbrechen gegen die Völker decken;**
- **durch die Aufrechterhaltung parlamentarischer Illusionen das Volk betrügen;**
- **den Mord an Arabern und Juden rechtfertigen (Fürstenfeldbruch);**
- **die Verbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam unterstützen!**

Ich klage sie an:
das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhende kapitalistische Gesellschaftssystem aufrecht erhalten zu wollen und sich dazu faschistischer Mittel zu bedienen.

40 Jahre sind seit dem Machtantritt der Hitlerfaschisten vergangen. Eine ihrer ersten Massnahmen, die sie ergriffen, war eine am 4. Februar 1933 erlassene 'Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes". Sie ermöglichte ihnen, Kundgebungen gegnerischer Parteien und oppositionelle Zeitungen wegen Verächtlichmachung des Staates zu verbieten.



FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA! - das war die Losung der Solidaritätsveranstaltung der Ortsgruppe Kiel der KPD/ML für Genossen Ernst Aust. Über 400 Kollegen und Genossen aus den Betrieben und Studenten zeigten an diesem Abend, dass sie nicht bereit sind, die wachsende politische Unterdrückung passiv zu ertragen.

"Kommunisten", sagte Ernst, "hassen die Bourgeoisie und alle Reaktionäre leidenschaftlich. Die unterdrückten Volksmassen jedoch lieben sie von ganzem Herzen. Kommunisten bewahren sich aber auch einen kühlen Kopf. Eiskalt planen sie die Revolution, versetzen dem Feind dort Schläge, wo er schwach ist und ziehen sich zurück, wenn er übermächtig ist. Diese Politik macht uns unbesiegbar...('

Ein Dortmunder Arbeiter, der während der Demonstration gegen Breschnew mit anderen 30 Stunden verhaftet wurde und 30 Stunden im Bunker "Sonnenschein" sass, berichtete von der starken kämpferischen Solidarität: "Diesen tiefen Eindruck werde ich nicht mehr vergessen."

"Verächtlichmachung des Staates", dieser nazistische Rechtsbegriff von 1933 ist es, der die Grundlage der mir am 16. Februar 1973 übersandten Strafandrohung, Nötigung oder Anklageschrift, wie sie es nennen, bildet. Wörtlich heisst es da: ich hätte "durch Verbreiten von Schriften die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht."

Die Bundesrepublik Deutschland? Wer ist das? Sind das die Millionen und Abermillionen fleissiger Arbeiter und Angestellte in den Fabriken, Werken, Betrieben, die werktätigen Bauern, die Studenten, die kleinen Händler und Gewerbetreibenden? Oder sind das die oberen Zehntausend, die Handvoll Millionäre und Multimillionäre, die Krupp, Flick, Thyssen, Stinnes, die sich den vom Volk in harter Arbeit geschaffenen Reichtum räuberisch aneignen? Wenn sie die ersten meinen, so fragen sie sie doch, fragen sie den Mann auf der Strasse, fragen sie die hier im Gerichtssaal anwesenden Arbeiter und Angestellten, ob sie sich durch den ROTEN MORGEN beschimpft und böswillig verächtlich gemacht fühlen!

Wenn sie jedoch die letzteren meinen, die Herren des Finanzkapitals, die Bosse der Monopole und Banken, sie und ihre Lakaien in Staatsapparat und Regierung, so kann man sie ebensowenig verächtlich machen und beschimpfen, wie wenn amn die Mafia eine Crew von Mördern und Gangstern nennt. Sind sie etwa keine Diebe, Mörder oder "blutbefleckte Ausbeuter", wie es im ROTEN MORGEN hiess, die Herren Kapitalisten? Lesen sie, Herr Sörensen, denn keine Zeitung, gehen sie mit geschlossenen Augen durch die Welt? Oder wollen sie einfach nicht sehen, weil sie von ihnen bezahlt, bestochen werden? Wissen sie nicht,

- **dass in der Bundesrepublik täglich am Arbeitsplatz 15 Menschen tödlich verunglücken? Sterben, weil sie durch Rationalisierung und masslos gestiegene Arbeitshetze zur Nichtbeachtung der Unfallvorschriften gezwungen werden, weil die Unternehmer um ihrer Profite willen Sicherheitsvorschriften ausser acht lassen.**
- **dass immer wieder ungenügend erprobte Medikamente auf den Markt kommen, so dass wie bei Contergan tausende Kinder verkrüppelten oder bei Menocil zig Menschen starben. Was kümmert die Arzneimittelhersteller schon das Leben der Menschen, Hauptsache, die Kasse stimmt;**
- **dass von den jährlich fast 20 000 Toten auf unseren Strassen zumindest die Hälfte auf Kosten der Kapitalisten geht, indem sie lebensgefährliche Autos bauen, oder des kapitalistischen Staates, der nicht für die notwendige Sicherheit auf unseren Strassen sorgt;**
- **dass die deutschen Imperialisten um ihrer Macht- und Profitinteressen Willen in den letzten zwei Weltkriegen Millionen Menschen auf die Schlachtfelder trieben?**

Oder stört sie das Wort "Mörder", Im Strafgesetzbuch heisst es dazu: "Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln... einen Menschen tötet." Habgier aber, das Streben nach höchsten Profiten ist es, das die Kapitalisten zu Krieg und zahllosen Morden treibt. Ist es nicht heimtückisch, Medikamente auf den Markt zu bringen, die Menschen süchtig machen, an denen sie sterben? Sind lebensgefährliche Autos, ungesicherte Maschinen nicht gemeingefährliche Mittel? Ist es nicht grausam, Menschen im Krieg durch Napalm verbrennen, Giftgas ersticken und Bomben zerfetzen zu lassen?

Um ihre Herrschaft zu sichern, um ihr System der Ausbeutung des Menschen, der privaten Aneignung, zu deutsch des Diebstahls des von den Arbeitern erbrachten Mehrwerts, aufrechtzuerhalten, sind die Kapitalisten und ihre Handlanger zu jeder Schandtat bereit. Oder sollte es ihnen, Herr Sörensen, wirklich entgangen sein, dass sie, wie es im ROTEN MORGEN hiess, "ihren Gewalt- und Unterdrückungsapparat: Polizei, Verfassungsschutz, Grenzschutz verstärken"? Dass sie ihre Polizisten zu perfekten Killern ausbilden, die - wie die Praxis beweist - bereit sind, rücksichtslos Menschen niederzuschiessen ohne dafür bestraft zu werden. All dies lässt sich durch Fakten und Tatsachen beweisen.

Oder stört es sie, Herr Sörensen, dass ich die Herren Brandt, Genscher, Springer zwar nicht als Mörder, aber doch als "treue Lakaien ihrer kapitalistischen Herren", als "Urheber" der Anschläge, der revolutionären Gewalt des Volkes gegen die konterrevolutionäre Gewalt der herrschenden Klasse bezeichnete. Das müssen sie sich schon gefallen lassen. **Wer hetzt denn seit Jahren die Bevölkerung gegen alles, was links ist, auf? Der Herr Springer! Auf sein Konto gehen indirekt der Mord an die Studenten Benno Ohnesorg, der Mordanschlag auf Rudi Dutschke, die Bomben, die vor einem Jahr in der Bundesrepublik krachten. Wer Wind säet, darf sich nicht wundern, wenn er Sturm erntet. Wer baute den Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee aus? Wer befürwortete die Einführung von Killer-Kommandos der Polizei? Wer betreibt das Verbot unserer Partei? Der Herr Genscher! Wer ist verantwortlich für die Regierungspolitik? Wer stimmte für die Notstandsgesetze, die Grundlage für die Errichtung der offenen faschistischen Herrschaft? Der Herr Brandt!**

Sicherlich, niemand von ihnen hat einen Menschen persönlich ermordet. Auch Hitler, Göring und Goebbels nicht. Sind sie deswegen keine Massenmörder? Klebt an ihren Händen nicht das Blut der im KZ ermordeten, vergasten, im Krieg getöteten Menschen? Weswegen hat man Göring und andere in Nürnberg denn gehenkt? Ging es nach dem Recht der Völker, gehörte auch der Kriegsverbrecher Nixon an den Galgen. **Nein, es geht nicht darum, ob jemand persönlich ein lieber, netter Mensch ist, ob er Kinder oder Hunde mag, wie Hitler, ob er einen Friedensnobelpreis in der Kommode hat. Entscheidend ist, welchen Herren er dient, wessen Politik er durchführt. Da aber dem imperialistischen Herrschaftssystem zwangsläufig Faschismus und Krieg innewohnt, läuft jeder, der ihm an verantwortlicher Stelle dient, Gefahr, zum Massenmörder, zum Kriegsverbrecher zu werden.**

Bundesinnenminister Genscher zetert zur Zeit, die "Linksextremisten", womit er uns meint, seien gegen die Juden. Kommunisten aber sind weder gegen Juden, Schwarze, Weisse, Gelbe. Kommunisten kennen keine Rassen, sie kennen nur Klassenunterschiede. Wir werden imperialistische Aggressoren, ob sie nun Nixon, Breschnew oder Mosche Dajan heissen, beim Namen nennen. Und wir werden die nennen, die sie bei ihren Verbrechen mit Geld und Waffen unterstützen. So ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass die Bundesregierung

die israelischen Aggressoren mit Milliardenbeträgen unterstützt und damit direkt den Überfall auf die Araber, die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat. So durfte man sich auch nicht wundern, dass der sogenannte olympische Frieden in die Binsen ging. Eines aber ist sicher, und dafür trägt Herr Genscher persönlich die Verantwortung, Juden und Araber, die in München von deutschen Polizeikugeln getötet wurden, könnten heute noch leben, wenn man die Forderung des arabischen Kommandos auf Abflug gestattet hätte. Leben könnten heute auch noch die amerikanischen Offiziere und Soldaten, die bei den Bombenanschlägen auf das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg und Frankfurt ums Leben kamen, wenn ihr oberster Kriegsherr Nixon, wenn der USA-Imperialismus nicht einer der blutigsten Völkermörder wäre. So aber waren die Bombenanschläge in Frankfurt und Heidelberg nur der angemessene Ausdruck des Protestes des deutschen Volkes gegen die Kriegsverbrechen in Vietnam.

All das, was in der Nötigungs- bzw. Anklageschrift als Vorwurf enthalten ist, lässt sich durch Tatsachen und Meinungsäusserungen auch bürgerlicher Politiker belegen. Kommen wir zum Kern der Sache, dieser Prozess ist ein unverschämter Anschlag auf das Recht der Kommunisten, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild zu verbreiten. Sie, Herr Sörensen, können nicht erwarten, dass wir Rechte, die sich die Arbeiterklasse in jahrzehntelangem Ringen gegen die Kapitalisten erkämpft hat, uns wieder nehmen lassen. Sie aber sollten sich ernsthaft überlegen, ob sie sich als Vorsitzender dieser Kammer zum Büttel der herrschenden Klasse der Kapitalisten machen wollen. Noch können sie es ablehnen, dieses Verfahren, deisen Terrorprozess, den ihnen ihre Oberen aufs Auge drückten, durchzuführen.

Wir aber werden ungeachtet aller Verfolgungen jedweden Terrors weiterkämpfen bis zur sozialistischen Revolution!

Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland!



Freiheit für die politischen Gefangenen!

Seit Wochen sitzen die Genossen Jürgen Horlemann und Christian Semmler in Untersuchungshaft. Die bürgerliche Klassenjustiz wirft den 'KPD'-Führern Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung, Landfriedensbruch usw. vor. Nun, wir Kommunisten wissen, dass es ein gutes Zeichen ist, wenn uns der Feind beschimpft: Getretene Hunde bellen. Jeder, der in dieser Gesellschaft gegen die Interessen des Kapitals und seiner Handlanger ankämpft, wird von diesen wahren Kriminellen begeifert.

Die Haftprüfungsanträge der Genossen wurden vom Gericht abgelehnt. Die Genossen und Freunde der KPD/ML sind bei Demonstrationen in Bonn und Dortmund an der Seite der 'KPD' und der Liga gegen den Imperialismus gestanden. In Hamburg vereinten sich die Genossen der 'KPD' und der Liga gegen den Imperialismus bei der Protestdemonstration zu dem Prozess gegen den Genossen Ernst Aust.

Ungeachtet aller noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren kommunistischen Organisationen haben wir gemeinsam gegen die Schläge der bürgerlichen Staatsmacht zusammengestanden. Diese Solidarität muss weitergeführt werden. Sie ist notwendiger denn je. Auf dieser Grundlage muss der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML geführt werden.

Wie der Vorsitzende der KPD/ML, Ernst Aust, auf der Hamburger Demonstration gesagt hat, sind die Widersprüche zwischen den Marxisten-Leninisten Widersprüche im Volk, die in solidarischer Kritik ausgeräumt werden können. Kämpfen wir weiter gemeinsam gegen Lohnraub, wirtschaftliche und politische Unterdrückung, Demonstrationsverbote und die Kriminalisierung kommunistischer Organisationen! Stärken wir die Rote Hilfe zugunsten aller Genossen, die durch Schandurteile fertiggemacht werden sollen!

FREIHEIT FUR DIE GENOSSEN JÜRGEN HORLEMANN, CHRISTIAN SEMMLER UND ULI KRANZUSCH!

BREITE SOLIDARITÄT MIT DEM VORSITZENDEM DER KPD/ML

Auf einer **Solidaritätsveranstaltung in München** verabschiedeten 250 Freunde, Kollegen und Genossen eine Adresse an Genossen Ernst Aust.

Aus München trafen ferner ein: Solidaritätsadressen der **CISNU** (eine weltweite patriotische antiimperialitische Organisation iranischer Studenten), von **Marxisten-Leninisten Afghanistans**, von dem **Rote-Fahne-Freundeskreis München, Schulkampf/ Freundeskreis, KSV und Liga in München. Kampfgrüsse aus Ingolstadt und Nürnberg wurden verlesen.**

Die **Arbeiterrunde Neukölln in Westberlin** verurteilt den Anschlag der Klassenjustiz, Genossen der **AEG-Brunnenstrasse und Schwedenstrasse** werden ihre Anstrengungen zum Aufbau einer starken Betriebsparteizelle verstärken.

Die **Zelle Walddörferschule der Roten Garde Hamburg** stellt fest, dass es ein Gesetz der Geschichte ist, dass die Bourgeoisie so lange gegen das Volk richtet, bis sie gerichtet wird.

Das Kollektiv 'Der Funke' in Aachen. Herausgeber der 'Zeitung für den Kampf der unterdrückten Völker und Klassen' betont, dass es der unversöhnliche Geist des Kampfes gegen Kapitalismus und Revisionismus des Genossen Ernst ist, der die Bourgeoisie zu diesem Prozess gezwungen hat.

Die **Zelle Schering, Westberlin,** teilt mit, dass sie Mitglieder und Sympathisanten zur Demonstration am Vorabend des Prozesses nach Hamburg schickt.

Die **Zelle Mannesmann/Mülheim** wird als Antwort auf diesen Angriff der Klassenjustiz ihre Aufklärungsarbeit unter den Kollegen verstärken.

Das **Sympathisantenkollektiv der KPD/ML in Heidenheim**, bestehend aus Genossen der ehemaligen Ortsgruppe der GRFB, die **Rote Garde und die Rote Hilfe aus Heidenheim** verspricht, dass ihre Solidarität sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten äussern wird.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats, das ist das Ziel, das die Genossen und Sympathisanten der **Roten Garde Bonn** in ihrer Solidaritätsadresse besonders betonen.

Solidarität auch von der **Roten Hilfe Dortmund und Stuttgart**

Freunde und Genossen aus einer Geburtstagsfeier in Westberlin schickten ihre Kampfesgrüsse.

Trotz und wegen des Terrors der Bourgeoisie erkennen immer mehr Kollegen, dass dieser sogenannte demokratische Rechtsstaat nichts anderes ist, als die Diktatur der Kapitalisten. – so schreibt die **Bruckmann Zelle aus München (Druck)** in ihrem Brief an Genossen Ernst.

Pezelj.J. aus Jugoslavien schickte die Solidaritätsadresse noch rechtzeitig per Luftpost.

Die **Alt-Kommunisten Werner Heuzeroth aus Siegen Olpe und Rolf F. aus Köln** (der selbst gegenwärtig vor Gericht gestellt werden soll) **und Gerd K. aus Mannheim** drücken ihre Solidarität aus!

Die **Organisation griechischer Marxisten-Leninisten** unterstützt entschieden den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML gegen den Polizeiterror und antikommunistischer Hetze und fordert alle Arbeiter, Werktätige, fortschrittliche Menschen und Organisationen der Deutschen und Ausländer auf, sich mit der KPD/ML und Genossen Ernst Aust zu solidarisieren.

Sympathisanten aus Köln und ehemalige Mitglieder der GRFB zitieren Mao Tse-tung:'Wer eine gerechte Sache vertritt, der wird breite Unterstützung finden.'

Die Schülerzelle der ehemaligen KJVD am Hans-Geiger-Gymnasium, die geschlossen zur Roten Garde übergetreten ist, betont: Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten.

Die **Ortsgruppe Duisburg** weist auf die ungebrochene Kampfkraft der Mannesmann-Arbeiter hin, die letztlich auch den verstärkten Verfolgungsmassnahmen der Kapitalistenklasse zugrunde liegt.

Zurückgekehrt von der Hamburger Demonstration sendet die **PH-ZelleWestberlin** ihre Kampfesgrüsse.

Die **Landesverbäade NRW und Südwest der KPD/ML grüssen der Vorsitzenden der KPD/ML.**

Später eintreffender Solidaritäserklärungen konnten aus Platzmangel leider nicht mehr abgedruckt werden.

SPENDET AN DAS

Solidaritätskomitee

'KAMPF DER POLITISCHEN VERFOLGUNG'

Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort 'Solidarität'

WIR DANKEN ALLEN FREUNDEN UND GENOSSEN!

02.5.	Schwarze Hilfe Bochum	020,–
04.5.	M.F., Neumünster	080,–
07.5.	Duisburg	090,–
07.5.	OG München	050,31
07.5.	W.K., Essen	008,–
09.5.	Kollege aus München	050,–
11.5.	D.K., Westberlin	025,–
16.5.	Sympathisant aus Moabit (ehem.RF)	055,–
16.5.	1.Mai-Veranstaltung Dortmundp	520,–
17.5.	Arbeitertreff Dortmund	100,–
01.6.	Für Prozess gegen Ernst Aust, Genossen aus Würzburg	015,–
04.6.	Für Prozess gegen Ernst Aust, B.K. aus Heidenheim	025,–
		1 076,31

Solidaritätsadresse des ZK:

Lieber Genosse Ernst,

Das ZK der KPD/ML entbietet Dir brüderliche Kampfesgrüsse.

Die Tatsche, dass die bürgerliche Klassenjustiz die Arbeiterklasse ihres bedeutendsten Führers berauben will, zeigt klar die Angst unserer Herren Imperialisten vor ihrem eigentlichen Ankläger.

Du wirst die niederträchtigen Angriffe auf Dich und die revolutionäre Arbeiterbewegung in eine schreiende Anklage gegen die Bourgeoisie selbst verkehren.

Du stehst dabei nicht allein. Die Besten der Arbeiterklasse, viele fortschrittliche Menschen, die gesamte Partei und das ZK stehen hinter Dir, entschlossen für ihren verehrten und unentbehrlichen Führer zu kämpfen.

Das entscheidende Mittel dazu kann die Bourgeoisie nicht unterdrücken. Im Gegenteil, sie züchtet es täglich verstärkt heran: Es ist der Hass der ausgebeuteten und geknechteten Massen, der sich immer mehr und mehr in revolutionäre Gewalt, die jetzt im Kampf gegen Ausplünderung und politische Unterdrükkung steht.

Diese revolutionäre Gewalt, vor der die Bourgeoisie bereits jetzt erzittert, wird unter der Führung der Partei schliesslich das gesamte Ausbeutersystem hinwegfegen.

ES LEBE DER KOMMUNISMUS!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

ES LEBE UNSER VORSITZENDER ERNST AUST!

Protestresolution der ESG

Resolutionen der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Bochum und Dortmund (Auszug) anlässlich der Demonstrationen in Dortmund am 18.5./19.

ESG Bochum
ESGB Dortmund den 20.5.73

...Unabhängig von Zustimmung oder Ablehnung zu beiden odereiner der beiden Demonstrationen erklären wir unsere schärfste Empörung über den brutalen Aufzug und Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und über die Regierungsorgane, vertreten durch Innenminister Weyer, der den Einsatz am 19.5. persönlich überwacht haben soll. Dortmund gleicht einem Heerlager, schon zum dritten Mal seit dem 1.Mai. Wir können sie nur verstehen als äusserst umfassende Notstandsmanöver, die sich gegen die Bevölkerung und gegen die Demonstranten gleichermassen richten.

Wir protestieren gegen das allgemeine Demonstrationsverbot; Teile der Begründung erinnern an unselige Zeiten der deutschen Geschichte.

AUF OFFENER STRASSE VERHAFTET

Am Mittwoch vor dem Breshnew-Besuch wurde ein Sympathisant der KPD/ML auf der Fahrt nach Bielefeld verhaftet. Obwohl er alle nötigen Papiere vorweisen konnte, bestanden die Polizisten darauf, dass es dar Ato gestohlen habe, durchsuchten den Wagen und nahmen ihn fest.

Dabei wurden im Auto liegende Flugblätter beschlagnahmt. Im Polizeipräsidium wurde er einer Leibesvisitation unterzogen, schliesslich in eine Zelle geschleppt. Einen Anwalt durfte er nicht anrufen. Am nächsten Tag wurde er von einem K14 Beamten stundenlang verhört, erkennungsdienstlich behandelt.

Ein Beamter dabei: **"Mist, schon wieder ein Politischer. Die halten zusammen wie Pech und Schwefel, kein Wort kriegt man aus den Burschen raus."** Die Arbeit der Partei und der Roten Garde Bielefeld zeigt sich auch in der Zelle: **'Vorwärts mit der KPD/ML'** stand an der Wand. **'Wenn der Feind uns bekämpft ist das gut und nicht schlecht.'** auf dem Tisch.

Am nächsten Tag wurde der Genosse unter Aufsicht eines Beamten der Bonner Sicherungsgruppe nach Karslruhe gebracht. Hier verlas man ihm die Anklageschrift: einige Zeilen zu seinem 'Verbrechen', mehrere Seiten zu den Aktionen der Partei und der Roten Garde .Der Untersuchungsrichter gab allerdings dem Haftbefehl des Generalbundesanwaltes nicht statt, der Genosse musste wieder freigelassen werden.

Das ist also 'Recht und Gesetz' in diesem Staat. Jemand wird auf der Strasse festgenommen, tagelang in die Zelle gesperrt, behandelt wie ein Schwerverbrecher - und der Grund? Nachdem alles gelaufen ist, weiss ihn nicht mal die Justiz.

Strafprozess in Kiel:

"... muss die Ordnung an den Universitäten unbedingt aufrechterhalten werden!"

Landesregierung, Kultusbürokratie, Rektorat der Universität, Hohe Gerichtsbarkeit und Polizei arbeiten Hand in Hand, den massenhaften Widerstand der Kieler Studenten gegen das reaktionäre LHG (Landeshochschulgesetz) zu brechen, die Arbeit des fortschrittlichen ASTA (Studentenvertretung) zu kriminellen Taten zu machen, zur Illegalisierung kommunistischer und fortschrittlicher Organisationen beizutragen. Das zeigte der sogenannte Neumann-Prozess in Kiel wie in einem Lehrstück.

Der Rektor hatte Anzeige gegen sechs Studenten erstattet, darunter der ASTA-Vorsitzende und sein Vertreter, weil sie am 21.11.1973 mit etwa 200 anderen Studenten im Auftrag von 1000 Kommilitonen während des Kampfes gegen das LHG den Syndikus Neumann zum gerade stattfindenden Teach-in holen sollten. Neumann sollte dort zu den Anzeigen wegen Hausfriedensbruch Stellung nehmen.

Neumann ging damals völlig freiwillig zum Teach-in mit, machte sogar die scherzige Aufforderung, das Teach-in in seinen Amtsräumen zu machen. Jetzt aber sollten die sechs herausgegriffenen Studenten wegen schwerer Freiheitsberaubung, schweren Hausfriedensbruchs und Nötigung verurteilt werden. Wie willkürlich dieser Terroranschlag geplant war, zeigt sich darin, dass der Rektor auch zwei Studenten anzeigte, die nachweislich gar nicht dabei waren.

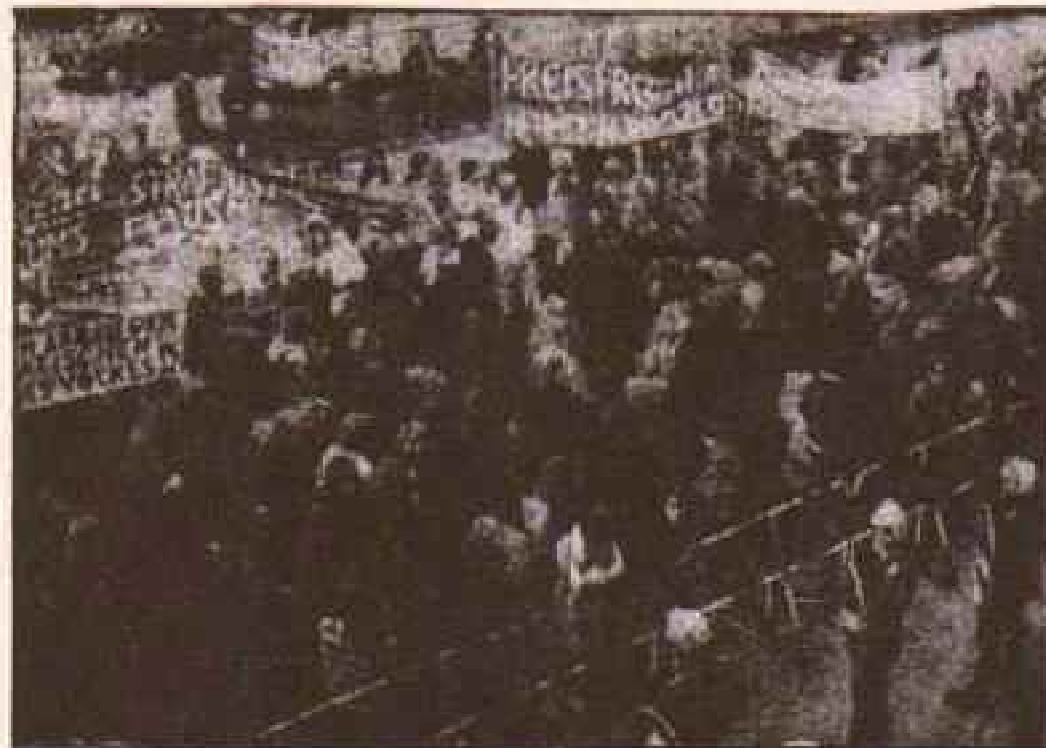
Wie offen die Reaktion ihr Mäntelchen der 'Rechtsstaatlichkeit' fallen liess, zeigte sich auch im Prozess: Schon am Vortag wurde das ganze Gerichtsgebäude von Polizei durchsucht, am Verhandlungstag wurde es rundherum mit Gattern abgeriegelt, und dabei sogar versucht, die Angeklagten nicht zum Prozess durchzulassen. Drei Hundertschaften mit Wasserwerfern schützen die Rechtsbeuger 'im Namen des Volkes.'

Eine weitere Prozess-Vorbereitung der Bourgeoisie: Borzikowsky, seines Amtes Staatssekretär, wandte sich lange vor dem Prozess an die Generalstaatsanwaltschaft Schleswig, drang im Auftrag von Stoltenberg und Co.' auf schnellste Aburteilung und empfahl auch gleich den Straftatsbestand: Nötigung! Zeuge Ministerpräsident Stoltenberg, Kultusminister Braun und Schwarz erschienen nicht, weil es 'öffentlichen Interessen. Nachteile bereiten würde.' Borzikowsky erschien nicht, weil er von Stoltenberg nicht die 'Genehmigung zur Aussage erhalten hat.'

Richter Hertz, bereits geschult in politischen Prozessen in Kiel, zeigte auch diesmal, was von der 'Unabhängigkeit der Justiz' zu halten ist:

- Er wollte durch Suggestivfragen eine Zeugin zur Aussage bringen, dass sie während des Go-ins um ihr Leben gefürchtet habe. Als Protest vom Verteidiger der Angeklagten (Mairgünther) kam, rechtfertigte Hertz sein unverschämtes Vorgehen damit, er wolle nur die Zeugin auf ihre Beeinflussbarkeit prüfen. Der Befangenheitsantrag der Verteidigung wurde natürlich vom Gericht abgelehnt.
- Den Zeugen des Staatsanwalts Schmiedl-Neuburg wurde immer wieder die Möglichkeit der Absprache während des Prozesses gegeben.
- Das Gericht nahm es dem Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, Neumann, nicht übel, als er sein auswendiggelerntes Konzept verliess und sich völlig in Widersprüche verstrickte, nahm es ihm nicht übel, dass er drei Tage nach dem Teach-in zugegebenermassen zu ASTA-Vertretern sagte: **"Dem Kultusministerium wäre es gelegen gekommen, wenn ich hinausgetragen worden wäre oder wenn Gewalt gegen mich angewendet worden wäre."**

Staatsanwalt Schmiedl-Neuburg forderte 7 Monate mit Bewährung und 500,-DM Geldstrafe. Das Gericht musste aber notgedrungen alle Anklagepunkte fallenlassen und zimmerte allein noch den Tatbestand der Nötigung zurecht. **Das Gericht verurteilte die Anwesenheit der Studenten im Rektorat mit drei Monaten Gefängnis auf Bewährung, weil 'die Ordnung an der Universität aufrechterhalten werden muss.' (So in der mündlichen Urteilsbegründung)!** Die Klassenjustiz hatte ihre Aufgabe derart offen gezeigt, dass selbst die Hamburger Morgenpost in einer grossen Überschrift zugeben muss: 'Der Staatssekretär bat um ein schnelles Urteil.' Vier Studenten bestraft, obwohl kein Zeuge sie belasten konnte.'





Nicht heiter gestimmt ist Staatsanwalt Schmiedl-Neuburg, wenn er den Bumerang erblickt, den die Klassenjustiz in Form von hunderten von Demonstranten entgegenkommen sieht.

1000 Studenten der Universität und 200 der Fachhochschule für Sozialwesen in Kiel verabschiedeten eine Resolution während des Prozesses, in der das Vorgehen des Rektorats und der Klassenjustiz verurteilt wurde. Die Revisionisten, die zuerst den Prozess totschweigen wollten, versuchten aus einer Resolution der studentischen Vollversammlung die Worte zu streichen: 'Diese Aktion war vollauf gerechtfertigt.' Die Revisionisten wurden bei diesem Versuch vollkommen isoliert.

500Studenten demonstrierten vor dem Justizgebäude, forderten Freispruch und verteilten Flugblätter an die Bevölkerung. Danach fand ein Teach-in an der Universität statt. Spontan versammelten sich daraufhin nochmals kurz vor der Urteilsverkündung mehrere hundert Studenten vor dem Gericht.

Eine schon sechs Tage später erscheinende 84-seitige Dokumentation zum Prozess wurde in 2000 Exemplaren zu einem Preis von 1,-DMverkauft (siehe Anzeige). Eine Solidaritätsfeier erbrachte mehr als 4000DM für die Unterstützung der politisch Verfolgten.

Auf der Grundlage der vorhandenen Mobilisierung soll jetzt ein Komitee: Kampf der politischen Verfolgung gegründet werden, als Grundlage einer späteren ROTEN HILFE.

Der Kampf der Kieler Studenten gegen das reaktionäre LHG geht weiter und nimmt immer grössere Ausmasse an. Die Revolutionierung der Studenten allerorts ist auch verbunden mit einer Stärkung der Kampffront gegen die zunehmende Kommunistenverfolgung.

Ein Kommilitone der Kieler Studenten, der Genosse Heinz Baron wurde wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag in München (September 72) mit dem ungeheuren Terrorurteil von einem Jahr und sechs Monaten von der Klassenjustiz angegriffen. Dieses Urteil muss fallen! Partei und Rote Garde müssen auch aus dem Neumann-Prozess in Kiel lernen und immer breitere Solidarität organisieren!

BESTELLT DIE — Anzeige —

DOKUMENTATION ZUM 'NEUMANN-PROZESS'!

Herausgegeben vom Rechtsausschuß des KSB/ML und den Roten Zellen Kiel.
Reinerlös von 1,— DM für die Rechtshilfe Kiel.
Diese Dokumentation ist zu beziehen bei:
Thälmann-Buchladen
23 Kiel
Reeperbahn 14

Strassenblockaden

gegen Bombenabwurfplatz



Ohne die umfassende politische Mobilisierung, die Hebung des revolutionären Bewusstseins und die sorgfältige juristische Vorbereitung, wäre der relative Erfolg dieses Prozesses niemals möglich gewesen:

Mehrere tausend Menschen demonstrierten am 30.Mai im Kreis Cloppenburg gegen einen geplanten Bombenabwurfplatz. Auf einer Werft legten die Arbeiter die Arbeit nieder, 6000 Kinder traten in Schulstreik, mit hunderten von Personenwagen, Lastwagen und Traktoren blockierten Arbeiter, Bauern und andere Werktätige vor allem die Bundesstrassen 70 und 438 und besetzten mehrere Kreuzungen.

Kontaktadresse:

Presseerklärung

der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V.

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. führte am 26./27.5.1973 in München eine Mitgliederversammlung durch, an der Mitglieder und Gäste aus München, Regensburg, Westberlin, dem Ruhrgebiet und Hamburg teilnahmen.

Nach ausführlicher Diskussion wurde eine neue programmatische Erklärung verabschiedet, in der die Aufgaben der Gesellschaft der Freunde Albaniens aufgezeigt und die Wege für deren Verwirklichung genannt werden.

Ausserdem wurde auf der Versammlung die Voraussetzungen für die nationale Ausdehnung der Gesellschaft geschaffen, die bisher schwerpunktmässig im süddeutschen Raum tätig war.

Die wachsende Mitgliederzahl in vielen Städten der Bundesrepublik und Westberlin und das ständig zunehmende Interesse der Bevölkerung waren der Anstoss für die Konstituierung von regionalen Sektionen der Gesellschaft in allen Teilen der Bundesrepublik und Westberlin.

Auf dieser neuen organisatorischen Grundlage will die GFA ihre Arbeit verstärkt fortsetzen: die Freundschaft zwischen dem deutschen und albanischen Volk fördern helfen und zu diesem Zweck mit eigenen Publikationen, wie den Albanischen Heften, Filmen und Veranstaltungen, Informationen über Albanien in die Bevölkerung tragen. Sie ruft alle Interessierten zur Mitarbeit auf.

Anschrift der Gesellschaft:
8 München 1, Postfach 321

Hört die revolutionären Sender!



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6,oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o
21.oo - 22.oo

Immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter